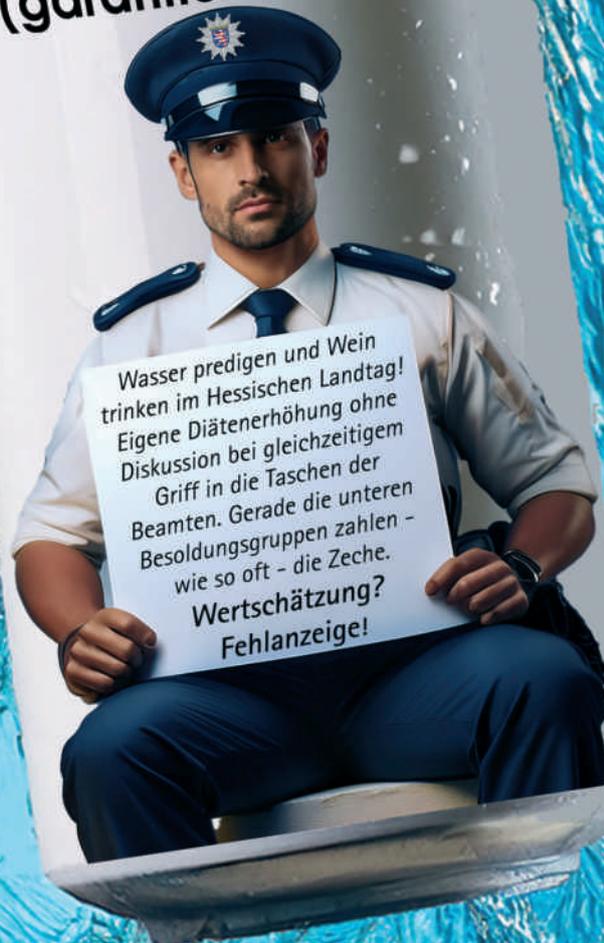


POLIZEI REPORT

G 6825
ISSN 2197-2273

Nr. 161 · Juni 2025

Polizei Hessen
zero
(garantiert nix drin)



Wasser predigen und Wein
trinken im Hessischen Landtag!
Eigene Diätenerhöhung ohne
Diskussion bei gleichzeitigem
Griff in die Taschen der
Beamten. Gerade die unteren
Besoldungsgruppen zahlen -
wie so oft - die Zeche.
Wertschätzung?
Fehlanzeige!

Liebe Leserinnen und Leser!

Es sind äußerst spannende und aufregende Zeiten, von einem Sommerloch daher keine Spur.

Es ist viel passiert seit der letzten Ausgabe des Polizeireports im März. Die politische Bühne hat uns ebenso beschäftigt wie die Polizei in Hessen.

Bundespolitisch waren es nach der Wahl insbesondere die Verhandlungen der Regierungsfractionen CDU und SPD für einen zukunftsfähigen Koalitionsvertrag.

Auch die Auswahl der neuen Resortverantwortlichen bereitete doch einige Überraschungen.

Als könnte man das Drehbuch mit Dramatik gar nicht weiter schreiben, erlebten wir eine doch eher peinliche Wahl des neuen Bundeskanzlers Friedrich Merz. Einmalig in der Geschichte der BRD fiel er im ersten Wahlgang durch.

Abweichler aus den eigenen Reihen (6 an der Zahl) versagten ihm die Stimme und stärkten dadurch nicht gerade unsere Demokratie in der Wirkung nach außen.

Schließlich brauchte es dann eine überfraktionelle Antrags-Mehrheit, um die Regeln so zu verändern, dass ein 2. Wahlgang überhaupt stattfinden konnte.

Und so schaffte es der neue Kanzler Merz schließlich in der Nachspielzeit. Dann mit 9 Stimmen mehr als nötig. Politik ist manchmal ein „schmutziges Geschäft“, mal so gesagt.

Diese neue Regierung hat vorab einiges an schnellen Änderungen versprochen. Ausgestattet mit einem Milliardenpaket hat dies auch tiefe Auswirkungen auf die innere Sicherheit und die Polizei.

Wir dürfen uns wünschen, dass auch für uns in Hessen einiges davon ankommt.

Die hessische Polizei steht vor strukturellen Veränderungen wie seit Jahrzehnten nicht. P 25 und S 25, dahinter verbergen sich die Vorhaben des LPP, mehr dazu in diesem Heft.

Polizeiführungen wechseln auch. Ein neuer LPP mit neuem Vertreter. Ein IdP und neue Präsidentinnen und Präsidenten in einigen Bereichen.

Dazu gesellen sich die aus unserer Sicht völlige und selbstherrliche Ignoranz der Landesregierung, die verfassungswidrige Besoldung endlich zu beseitigen.

Stattdessen wird mit einem einmaligen Vorgang in der BRD ein bereits in Kraft getretenes Gesetz zur Besoldungsanpassung mit einem neuen Gesetz einkassiert.

Dieser Umgang mit den Beschäftigten macht einfach nur sprachlos.

Wir haben im Heft einige O-Töne von Kolleginnen und Kollegen platziert, die



Nachrichten - Informationen - Meinungen

Polizeibeschäftigte sind das Rückgrat der Polizei	5
Organisationsentwicklung auf dem Prüfstand	6
Innenminister Prof. Poseck im Dialog mit der GdP	9
Der Koalitionsvertrag zur Inneren Sicherheit	11
Wahlversprechen vs. Regierungsrealismus	13
Besoldungsreport 2025: Hessen hinkt hinterher	14
Die tödlichen Anschläge von Hanau 2020	15
Nur mit uns - GdP beim Gipfeltreffen in Stuttgart	17
Beteiligung von Personalräten - Sichtweisen	18
GdP-Symposium „Cybercrime“ - digitale Zukunft	19
Quid deinde fit - Was kommt bei der Wachpolizei?	22
Gründung des Landesfachausschuss Wachpolizei	23
HE-ROBO-COP (ein hessischer Roboterpolizist)	26
Heinz Pult beginnt mit 101 Jahren von vorne	28
Ein starkes Zeichen zum Weltfrauentag	29
Aufgepasst ihr Senioren - auch schon dabei?	30
Deutscher Seniorentag - ich war dabei	31
GdP-Tagesveranstaltung: Pflege, was nun?	31
Traditioneller Tagesausflug der Senioren	33
Polizeimeisterinnen im Handball und Volleyball	34
Neulich - in der Kreisgruppe Limburg-Weilburg	35
Hauptversammlung der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei	36
Aus den Kreisgruppen im HPE, Rheingau, Wiesbaden, Limburg	38
Krad-Sicherheitstraining der Junge Gruppe	41
Mitgliedervorteile der GdP und Partner	42

Inhalt

Titel: Wittig

das an den Tag gelegte Verhalten der Regierung beschreiben, es ist beschämend!

Aber wir blicken auch mit viel Optimismus nach vorne. Die GdP wird sich weiter in viele Themen einbringen

Wir möchten mitgestalten bei der Neuaufstellung der hessischen Polizei. Struk-

turell, organisatorisch, bei Personal und Bezahlung, aber auch bei den Arbeitszeitmodellen. Ein immer wichtigeres Thema, das oft Unzufriedenheit hervorruft.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen unserer ausgewählten Artikel. ■

Eure Redaktion

POLIZEIBESCHÄFTIGTE SIND DAS RÜCKGRAT DER POLIZEI

SICHERHEIT NEU DENKEN: GRÖSSTE STRUKTURVERÄNDERUNGEN SEIT JAHRZEHNEN

Wir stehen vor einer umfassenden Strukturveränderung in der Geschichte der hessischen Polizei seit über zwei Jahrzehnten. Mit der geplanten Reform der Kriminalitätsbekämpfungsorganisation wird ein ambitioniertes Ziel verfolgt: Die Polizei in Hessen soll fit gemacht werden für kriminalistischen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft! Kurzum: Polizei soll digitaler, vernetzter, internationaler werden! Die Notwendigkeit zu einer Reform bestreitet wohl niemand ernsthaft.



Grafik:WittigKI

Ein Vierteljahrhundert seit der letzten Binnenreform ist die Polizeistruktur in Hessen nicht umfänglich mitgewachsen.

Die kriminalistische Realität hat sich längst gewandelt: Täter agieren über Landes- und Ländergrenzen hinweg, Straftaten sind zunehmend datengetrieben und Verfahren erzeugen eine Flut an Informationen, die mit klassischen Arbeitsweisen kaum noch zu bewältigen sind.

Überlastung auf der Tagesordnung

Gleichzeitig kämpfen viele von uns tagtäglich mit Überlastung, Ressourcenmangel und strukturellen Reibungsverlusten – insbesondere in der Fläche!

Der Frust, „nur noch zu verwalten, statt zu ermitteln“, ist längst kein Einzelfall mehr. Dieser Ist-Zustand wurde von den Personalräten und der GdP jahrelang kritisiert. Hessens Polizei muss im Verbund der 16 Bundesländer und im Bund kompatibel sein.

Genau hier setzt die Reform an. Sie verspricht unter anderem:

- eine bessere Verzahnung zentraler und dezentraler Einheiten,
- eine Vereinheitlichung von Strukturen und Abläufen,
- neue Standards in der Bearbeitung von Kapital- und Schwerkriminalität,
- eine Bündelung von Massenkriminalität in automatisierten Bearbeitungseinheiten (Makri),
- den Aufbau kriminalitätsanalytischer Kompetenzzentren,
- und nicht zuletzt: eine Entlastung der operativen Kolleginnen und Kollegen.

Das klingt gut – und manches davon ist überfällig. Doch die Frage, die uns als Gewerkschaft besonders beschäftigt, ist eine andere: Was bedeutet diese Reform für die Beschäftigten? Für euch?

Menschen sind nicht ersetzbar

Denn kein neues Organigramm, keine digitale Plattform und kein Strategiepapier ersetzt den Menschen, der mit Fachlichkeit, Haltung und oft genug auch Bauchgefühl ermittelt, dokumentiert, auswertet und schlicht: die Verantwortung trägt.

Strukturveränderungen dürfen nicht zur bloßen Verschiebung von Aufgaben führen, sondern müssen echte und damit spürbare Verbesserungen im Arbeitsalltag, 24 / 7, bewirken.

Für uns bedeutet das auch: Personalentwicklung, Qualifizierung, soziale Verträglichkeit – und Respekt vor dem, was sich über Jahre in mühsamer Polizeiarbeit bewährt hat.



KEIN UMBAU VON OBEN NACH UNTEN!

Für uns als GdP ist daher klar: Wir begleiten diesen Prozess eng – mit klarer Haltung, mit Sachverstand und mit Nachdruck dort, wo wir Korrekturbedarf sehen. Wir fordern Transparenz über die tatsächlichen Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Zuständigkeiten und Laufbahnperspektiven.

Wir stellen sicher, dass Personalräte frühzeitig eingebunden und Entscheidungen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen werden. Und wir stehen dafür ein, dass diese Reform nicht zu einem Umbau „von oben“ wird, sondern ein Modernisierungsschritt mit den Beschäftigten.

Mitgestaltung statt Verordnung

Dabei sehen wir auch unsere Chance: Die Polizei braucht viele Antworten auf ebenso viele neue Kriminalitätsformen, egal aus welchem Phänomenbereich.

Wir brauchen aber auch endlich die zuverlässigen und verlässlichen Rahmenbedingungen, unter denen wir Beschäftigten unsere Aufgaben mit Professionalität und Rückhalt erfüllen können.

Wenn es gelingt, beides zusammenzubringen – moderne Strukturen und gewerkschaftlich erstrittene Arbeitsbedingungen – dann kann diese Reform unseren Arbeitsalltag nachhaltig und deutlich verbessern.

Ich rufe euch daher auf:

Nutzt eure Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Nur mit einer breiten Beteiligung, gerade von den direkt Betroffenen in allen Bereichen kann es der GdP gelingen, Einfluss zu nehmen.

Bringt euch ein – in Umsetzungsgruppen, in Arbeitsgruppen, über eure Personalräte, oder direkt bei uns: eurer GdP.

Eure Stimme zählt. Denn wir stehen an einem Punkt, an dem viel möglich ist – im Guten wie im Schlechten.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir auf der Seite derer stehen, die diese Polizei jeden Tag am Laufen halten.

Polizeibeschäftigte sind das Rückgrat der hessischen Polizei!

Jens Mohrherr

ORGANISATIONSENTWICKLUNG AUF DEM PRÜFSTAND

Seit ein paar Jahren gibt es zahlreiche Projekte, Teilprojekte, Arbeitsgruppen, Stabsstellen und vieles mehr. Gefühlte größte Umbruch seit der Neugliederung der Polizeipräsidien Anfang der 2000er Jahre. Spätestens seit man feststellen musste, dass die Sicherheitspakete nicht annähernd ausreichen würden, um die Belastung in der hessischen Polizei zu reduzieren, gab es viele Gedanken, wie man auf anderen Wegen eine Verbesserung schaffen kann.

Dem Mehr an Personal ging auch ein deutliches Mehr an Aufgaben einher. Beispielsweise kamen durch neue Kriminalitätsphänomene und bessere Auswertungen in Bereichen wie Kinderpornographie oder Krypto-Chats eine Vielzahl an neuen Verfahren in die Fachkommissariate.

Internationale Krisen, egal ob Corona, der russische Angriffskrieg, oder der Überfall der Hamas auf Israel, Beispiele gab es in den letzten Jahren genug. Als wären äußere Faktoren nicht alleine ausreichend, sollte auch die lange verschlafene Digitalisierung im Schweinsgalopp aufgeholt werden.

Neue zusätzliche Herausforderungen

Es stellten sich also wieder einmal weitere personelle und materielle Herausforderungen. Aus diesem Grund wurden die Projekte P24 (jetzt P25) und S 25 (Streifendienst 25) in Leben gerufen.

In einzelnen Teilprojekten soll das große Ganze betrachtet werden. Ebenso wie im Teilprojekt V/Z 25. Hier geht es um die sogenannten „Serviceleistungen“ für den Polizeibetrieb.

Alleine bei P 24/25 gibt es 9 Teilprojekte und 4 Querschnittsteilprojekte (siehe Grafik oben rechts).

Gefühlter Neustart bei null

Salopp gesagt, die Kriminalitätsbekämpfung wird gefühlt einmal auf links gedreht, um eine sogenannte „Prozessoptimierung“ zu betreiben.

Baustellen gibt es innerhalb der polizeilichen Strukturen dafür genug. Täglich gibt es zahlreiche Informationen, die an vielen Orten gesammelt werden. Sie sind jedoch in ihrer Masse selten in einer Datenbank umfassend nutzbar.

Im Bund/Länder-Bereich sieht der Datenabgleich oft noch bescheidener aus. Der Datenschutz, wie er teilweise in Deutschland gelebt wird, stellt eine immense Hürde dar.



Auch der Bereich der Finanzstromermittlungen bedarf einer deutlichen Verbesserung. Der alte Satz: „Folge der Spur des Geldes“, wird durch andere Länder und andere Behörden deutlich besser betrieben.

Das BKA stellte in der jüngeren Vergangenheit beispielsweise 3-stellige Millionenbeträge im Bereich der Cyberkriminalität sicher. Welche Potenziale im Bereich der Finanzstromermittlungen schlummern, zeigen auch die Schätzungen von Experten, die davon ausgehen, dass jedes Jahr mindestens 50 Milliarden Euro Schwarzgeld in Deutschland gewaschen werden.

Personal und Digitalisierung

Weitere wichtige Faktoren stellen aber auch im Projekt P 24/25 die Bereiche Personal und Digitalisierung. Gerade im Bereich der Digitalisierung ist mit der Nutzung von KI viel Potenzial vorhanden.

Es gibt im beispielsweise im ZK Fokus gute Erfahrungen, die auf andere Bereiche umgemünzt werden können. Clearingstellen sind nur ein Mittel der Wahl.

Dass Kriminalitätsbekämpfung nicht alleine durch die Polizei gestemmt werden kann, zeigt das Teilprojekt Justiz und Recht, hier soll genau wie im Bereich der Kinder- und Jugenddelinquenz eine stärkere Verzahnung aller involvierten Behörden erfolgen.

Besonderer Blick auf „die Straße“

Das Projekt Streifendienst 25 soll sich alle Faktoren anschauen, die für den Wach- und Wechseldienst maßgeblich sind. Hier gibt es die drei großen Teilprojekte Ressourceneinsatz, Organisation und Aufgabenbewältigung.

Bei der Kick-Off Veranstaltung wurde früh klar, dass kein zusätzliches Personal in absehbarer Zeit kommen wird.

Die Behörden müssen also intern schauen, wie sie mit den vorhandenen Möglichkeiten Veränderungen bewerkstelligen können. Dieses Projekt wird nicht alleine mit der Betrachtung des WSD's auskommen können.

Personalmehrung im WSD mangelhaft

Die bereits erwähnten Sicherheitspakete kamen nicht in der Fülle „auf der Straße“ an, wie es bei deren Verkündung versprochen wurde.

Die Einsatzbelastung ist jedoch bei den Rund-um-die-Uhr-Dienststellen geblieben, eher gewachsen. Viele Ressourcen sind, anders als geplant, in die Kriminalitätsbekämpfung gegangen, oder in Leitungstäben verschwunden.

Wichtige Faktoren im Projekt S 25 sind die Mindestwachstärke oder der sog. RUDI-Faktor. In zahlreichen Gesprächen wurde bekannt, dass gerade die Messkomponente des RUDI-Faktors nicht im ganzen Hessenland bekannt ist.

Auch eine Herleitung der Mindestwachstärken konnte nicht in den Archiven der Polizei gefunden werden. Gerade was die Mindestwachstärke und die Vergleichbarkeit der Dienststellen untereinander angeht, gibt es viele Faktoren zu berücksichtigen.

Bayern hat bereits vorgearbeitet

Hier hat man sich in Hessen eine Anleihe am Freistaat Bayern genommen. Dort hat man sich über Jahre hinweg Gedanken gemacht, wie man möglichst objektiv das Personal verteilen kann.

Ein weiterer Bereich, der im Teilprojekt Aufgabenbewältigung betrachtet wird, ist nicht minder wichtig für dieses Projekt. Muss die Polizei mit den endlichen Ressourcen wirklich alle aktuellen Aufgaben leisten oder können verschiedene Aufgaben auch ausgelagert werden?

Bekannte Beispiele sind die kommunale Ermittlungsersuchen aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung, die Jugendverkehrsschule, oder auch die Justiztransporte. Hier gilt es flächendeckend kluge Lösungen zu finden.

Bauen, Beschaffung und vieles mehr

Das Projekt V/Z 25 befasst sich unter anderem mit allen Themen rund um Bauen, Liegenschaften, Beschaffung und alles was bisher sonst noch in den Abteilungen Verwaltung und Zentrale Dienste verortet war.

Egal ob Fahrzeugwesen oder Waffen und Gerät. Auch hier gibt es in den Präsidien erhebliche Unterschiede in den Strukturen. Frank von der Au hat hier die Projektleitung übernommen.



Bild: GdP

Daniel Klimpke und Simone Sieger bei der Auftakt-Veranstaltung zu S 25



Der Präsident des Präsidiums für Technik (HPT) sollte für dieses Projekt der richtige verantwortliche Leiter sein.

Neben den drei großen Projekten gibt es zahlreiche kleinere Projekte und Arbeitsgruppen, die die hessische Polizei zukunftsfähig machen sollen.

Welche Projekte wie in näherer Zukunft weiter vorangetrieben werden, wird die neue veränderte Führungsriege der hessischen Polizei maßgeblich beeinflussen.

Neue Leitungsverantwortung im LPP

Felix Paschek als kommissarischer LPVP ist gefragt, für die Übergangszeit bis zur neuen Besetzung der Abteilungsleitung kluge Lösungen zu finden, die man gemäß der neuen PDV 100 als Win-Win-Win-Situation bezeichnen kann.

Die Projekte innerhalb der Polizei können und werden nur funktionieren, wenn die Beschäftigten auf allen Ebenen mitgenommen und positiv am Veränderungsprozess begleitet werden. Die Beschäftigten sind ihrerseits auch aufgefordert, die nötigen Veränderungen kritisch und konstruktiv zu begleiten.

GdP begleitet den Prozess sehr eng

Die GdP steht bereit. Es bleibt spannend, welchen Weg die hessische Polizei gehen wird. Eines steht aber unumstößlich fest, ohne ausreichendes Personal wird kein Projekt dauerhaft von Erfolg gekrönt sein.

Denn am Ende des Tages sind es die Menschen, die aus den Streifenwagen aussteigen und die ersten Entscheidungen treffen müssen.

Daniel Klimpke

KRAD-SICHERHEITSTRAINING DER BZG WESTHESSEN

Die Bezirksgruppe Westhessen bietet im Juli ein von der Verkehrswacht Limburg-Weilburg durchgeführtes intensives Motorrad-Fahrsicherheitstraining für jedes Fahrniveau an. Neugierig geworden? Hier die Details!

Wann findet das Training statt?

Am Samstag, den 26. Juli 2025 in der Zeit von 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Wo findet die Veranstaltung statt?

Verkehrstrainingsgelände, Hühnerstraße B417 in 65510 Hünstetten (zwischen Wiesbaden und Limburg)

Wer kann teilnehmen?

Teilnehmen können insgesamt 10 GdP-Mitglieder aus dem Polizeipräsidium Westhessen.

Voraussetzung ist:

- Aktuelle GdP-Mitgliedschaft
- Privates, aktuell zugelassenes und versichertes Motorrad
- Gültige Fahrerlaubnisklasse A, A1, A2 oder B196 ist mitzubringen
- Vollständige Schutzausstattung (zertifizierter Motorradhelm, Motorradjacke, -hose, -schuhe und -handschuhe)

Was kostet das ganze?

Euch gar nichts.

Die Bezirksgruppe Westhessen übernimmt eure Teilnahmegebühren in Höhe von 100,00 € pro Person vollständig. Die Anreise geht auf eure eigenen Kosten. Für Verpflegung und Getränke wird gesorgt sein.

Was muss ich tun, um teilzunehmen?

Wenn wir dein Interesse, an einem schönen sommerlichen Motorrad-Samstag geweckt haben und du die links genannten Voraussetzungen erfüllst, dann bewirb dich gerne formlos bis zum 30. Juni Wie?

per Mail: gdp.kgwiesbaden@gmail.com
per qr-code (rechts).

Wir werden alle Bewerbungen sammeln und euch entsprechend informieren. Sollte es mehr Anmeldungen als die zehn zur



Verfügung stehenden Plätze geben, werden wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Training auslösen.



Bewirb dich also schnell und mit etwas Glück bist du dabei!

Wir freuen uns schon auf euch

Eure GdP

INNENMINISTER PROF. POSECK IM DIALOG MIT DER GDP

Turnusmäßig und in nicht festgelegten Intervallen finden Gespräche zwischen dem GdP-Landesvorstand und unserem Innenminister statt. Am 3. April war es wieder soweit. Vorab: Wertschätzend empfanden wir die Tatsache, dass Minister Prof. Dr. Poseck nur mit seinem persönlichen Referenten Dr. Schalck und einem Mitarbeiter erschien und damit auf eine fachliche Beratung aus dem LPP verzichtete.



Bild: HMDL

Da Hessen als eines von 16 Bundesländern keine Insel ist, wurde inhaltlich auch der Bund nicht ausgespart.

Die GdP legte mit Verweis auf aktuelle Zahlen dar, dass Einsätze im Bereich der Alltagskriminalität, darunter Körperverletzungsdelikte, Wohnungseinbrüche, Sexualstraftaten, sowie Cyberkriminalität, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht, zugenommen haben.

Trotz hohem personellem Einsatz liegt die Aufklärungsquote vielerorts lediglich bei etwa 50%.

Erneut mehr Angriffe auf Polizei

Besorgniserregend ist zudem eine erneute Zunahme gezielter Gewalt gegen Polizeibeschäftigte, insbesondere bei Demonstrationen, nächtlichen Einsätzen im urbanen Raum, sowie im Rahmen polizeilicher Standardmaßnahmen.

Die Sicherheitslage hat sich damit nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für uns als Polizei erneut verändert! Jens Mohrherr betonte, dass unsere Sicherheitsbehörden, ähnlich wie auf Bundesebene, mit einem spürbaren Anstieg der Fallzahlen und einer gleichzeitigen Verschärfung der Einsatzrealität konfrontiert sind. Angriffe aus der Mitte der Gesellschaft gegen Polizeibeschäftigte bedürfen mehr als Forderungen nach höheren Strafmaßen!

Überforderung in allen Bereichen

Die Polizei befindet sich, so die klare GdP-Botschaft, an der Schwelle personeller und struktureller Überforderung!

Ein zentrales Thema war darüber hinaus die defizitäre personelle Realität in den Kommissariaten, Ermittlungsgruppen und in den Schichten!

Nach unserer Bewertung steht der Personalbestand der hess. Polizei in einem belegbaren Missverhältnis zu den operativen Anforderungen! Insbesondere der polizeiliche Alltag bei den Basisdienststellen „fährt personell auf Reserve“.

Kurzum: Im allgemeinen Vollzugsdienst besteht eine dauerhafte nicht hinnehmbare personelle Unterdeckung!

Sparpolitik der Landesregierung

Innenminister Poseck verwies in seiner Replik auf die verfassungsrechtlichen Grenzen haushaltspolitischen Handelns und räumte ein, dass die finanziellen Spielräume des Landes angesichts zahlreicher konkurrierender Bedarfe eingeschränkt sind, gleichwohl die Polizei „besonders geschützt ist.“

Die GdP blickt mit Sorge auf die bisherige Sparpolitik der Landesregierung zu Lasten der Beamtinnen und Beamten in diesem Jahr! Wenn die Sparzwänge von CDU und SPD eine erneute, einseitige finanzielle Belastung der Polizeibeschäftigten im Landeshaushalt 2026 nach sich zieht, wird dies unkalkulierbare Folgen für die Attraktivität des Polizeiberufes in Hessen haben.

Die GdP fordert eine personelle Offensive in Hessen und im Bund. Die bundesweit geforderten 20.000 Polizeibeschäftigten spiegeln hessische GdP-Forderungen wider: mindestens 1.000 Polizeibeschäftigte braucht die Polizei in Hessen mehr!

Vollzugs-, Verwaltungs- sowie IT-Fachpersonal genauso wie Tarifbeschäftigte, um den Vollzug zu entlasten. Eine konkrete politische Zusicherung zusätzlicher Planstellen und Mittel erfolgte seitens des Ministers mit Blick auf den Landeshaushalt 2026 nicht.

Attraktivität des Polizeiberufs

Einigkeit bestand darüber, dass sich die Lage auf dem Bewerbermarkt deutlich zuspitzt. Die GdP stellt einen spürbaren Rückgang geeigneter und damit studierfähiger Bewerberinnen und Bewerber fest. Abbruchquoten von aktuell 15% sind kein Grund zum Jubeln.

Gründe hierfür sind vielfältig: eine gestiegene physische und psychische Belastung im Polizeidienst, keine Verein-

barung von Familie und Beruf und damit mangelnde Planbarkeit des Berufsalltags, dazu eine im Vergleich zu anderen öffentlichen Laufbahnen geringere Einstiegsbezahlung, die in den ersten Berufsjahren lediglich eine Beförderungsaussicht nach A 10 nach sich zieht!

Minister Poseck zog Parallelen zur Justiz, die aus seiner früheren Tätigkeit als Präsident des Oberlandesgerichts mit vergleichbaren Nachwuchsproblemen konfrontiert sei.

Auch Liegenschaften der HöMS erfüllen an den Standorten Gießen und Wiesbaden nicht ansatzweise hochschulische Voraussetzungen, wenn man sich die Liegenschaften anschaut.

Weitere negative Faktoren

Strukturelle Problemfelder innerhalb unserer Polizeiorganisation wurden angesprochen. Die bauliche Situation vieler Polizeiliegenschaften ist marode!

Diese Tatsache wurde dem Minister auch bei seiner Teilnahme anlässlich zweier Personalversammlungen verdeutlicht. Die GdP schilderte teils prekäre Zustände, insbesondere bei Altbauten, und wies darauf hin, dass Arbeitsbedingungen, Sozialräume, Sicherheitsvorkehrungen sowie technische Infrastruktur vielerorts nicht dem Stand einer modernen Behördenarbeit entsprechen.

Probleme selbst erkannt, aber kein Geld

Minister Poseck berichtete von eigenen Ortsbesichtigungen in Frankfurt am Main und Darmstadt, die seine Einschätzung einer erheblichen Investitionsnotwendigkeit bestätigten hätten.

Die GdP forderte verbindliche Maßnahmen in Form eines mehrjährigen Sanierungs- und Modernisierungsplans.

Visionen des ehemaligen MP Koch sind krachend gescheitert

Zudem steht aus GdP-Sicht fest, dass das von der ehemaligen Landesregierung unter MP a.D. Koch vorgenommene Mo-

dell, Bau und Liegenschaften unter einem neutralen Dach des LBIH zu konzentrieren, „krachend gescheitert ist!“

Konkret blieb seitens unseres Ministers auch bei diesem Thema eine finanzielle Zusage für ein „konkretes Investitionsprogramm“ leider aus.

Flexibilisierung des LAK erforderlich

Kritisch thematisiert wurde der Umgang mit dem Lebensarbeitszeitkonto (LAK). Jens Mohrherr stellte fest, dass die Jahrzehnte lange Kumulation von LAK Gutschriften dazu führt, dass dringend benötigte Personalkapazitäten bereits Monate vor dem Eintritt in den Ruhestand „faktisch aus dem Dienst ausscheiden“.

Eine Konsequenz ist zudem der sofortige Verlust an polizeilichem Erfahrungswissen. GdP-Vorschläge zu einer Entzerrung und flexibleren Handhabung der LAK Stunden wurden wiederholt mit Verweis auf haushaltsrechtliche Bedenken von den seit 25 Jahren CDU-geführten Innenministern kategorisch abgelehnt. Minister Poseck äußerte sich zurückhaltend, kündigte jedoch eine Prüfung alternativer Kompensationsmodelle an.

Demokratische und transparente Polizei

Die Polizei steht wie kein anderer Berufsstand im Fokus der Öffentlichkeit. Aus Sicht der GdP ist es von zentraler Bedeutung, dass die Polizei als Institution in ihrer Neutralität und Verfassungstreue unangreifbar bleibt.

Die zunehmende Präsenz rechtspopulistischer Rhetorik im politischen Raum und im Hessischen Landtag dürfe nicht dazu führen, „dass extremistische Narrative innerhalb der Polizeistrukturen Anklang finden!“



Minister Poseck zu Besuch im HPR Polizei links PP Paschek, rechts Daniel Klimpke

Minister Poseck wies in diesem Zusammenhang auf die juristische Einordnung politischer Parteien hin. Solange keine gerichtliche Feststellung der Verfassungswidrigkeit vorliege, sei jede zugelassene Partei Teil des demokratischen Systems.

Die GdP machte deutlich, dass unabhängig von Parteizugehörigkeiten jegliche Form von extremistischem Einflüssen innerhalb der Polizei entschieden zurückgewiesen werden müssen. Politische Themen, polizeiliche Herausforderungen und eine fragile Demokratie in Europa und Nordamerika belasten unabhängig von Zahlen und Fakten aus den Polizeistatistiken den Alltag.

Innere Strukturen absichern

Kritische Infrastrukturen werden zunehmend in Deutschland und auch ganz Europa angegriffen und fordern die Sicherheitsarchitektur und seine Krisenresilienz extrem heraus.

Hierauf hat man im föderalen Deutschland kein Patentrezept und mögliche Schuldenmilliarden aus Berlin werden langfristig nicht weiterhelfen, unseren Rechtsstaat und damit unsere Bürgerinnen und Bürger umfassend zu schützen.

Kurzum: Das Gespräch fand vor dem Hintergrund wachsender öffentlicher und polizeilicher Herausforderungen statt!

In sachlicher Atmosphäre und ohne polemische Zuspitzung auf eine Reihe personeller und struktureller Defizite haben wir Innenminister Prof. Poseck verdeutlicht, dass unsere Argumente durchaus geeignet sind, die Handlungsfähigkeit unserer Polizei nachhaltig zu stärken.

Die Problemdauerbaustellen

Überstunden- und LAK-Last, Nachwuchsgpässe und damit personelle Unterdeckung, unzureichende bauliche Infrastruktur, sowie politische Einflussversuche im Polizeibereich durch selbsternannte „AfD-Polizeiversteher“ sind nachvollziehbar belegt.

Minister Poseck zeigte sich abgeschlossen und sachlich, wich jedoch wiederholt auf rechtliche und haushaltspolitische Begrenzungen aus. Ohne eine klare politische Prioritätensetzung – personell, finanziell und strukturell – ist eine langfristige Stabilität der hessischen Polizei nicht zu gewährleisten, lautet unser Fazit!

Wir werden in den kommenden Wochen nichts unversucht lassen, um unsere Forderungen in die Debatte bei der Aufstellung des Landeshaushalts 2026 einzubringen!

Es bleibt abzuwarten, ob aus dem in Berlin beschlossenen Milliardenprogramm auch für Sicherheitsbehörden konkrete Impulse auf Landesebene, insbesondere für Hessen, abgeleitet werden können.

Leider hat es die CDU geführte Bundesregierung versäumt, einen hessischen Minister oder Ministerin zu berufen! ■

Jens Mohrherr



„Ich schwöre, dass ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen, sowie alle in Hessen geltenden Gesetze wahren und meine Pflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.“



DER KOALITIONSVERTRAG ZUR INNEREN SICHERHEIT

PAPIER SCHÜTZT KEINE KREUZUNG! WAS CDU UND SPD WOLLEN UND WAS FEHLT

Wer glaubte, dass dieser Koalitionsvertrag die innere Sicherheit in Deutschland deutlich priorisiert, konkrete Vorschläge zur Finanzierung macht und innovativ wirkt, wird enttäuscht! Zu unscharf sind Formulierungen die innere Sicherheit betreffend. Papier allein sichert keine Straßenkreuzungen und schützt keine Leben! Viele der angekündigten Maßnahmen stehen und fallen mit der konkreten Hinterlegung von Haushaltsmitteln. Ohne zusätzliches Personal, ohne bessere Ausstattung, ohne den Mut, auch unbequeme Wahrheiten offen auszusprechen, ohne Verschärfung des materiellen Strafrechts, bleibt dieser Koalitionsvertrag beim Thema innere Sicherheit „nur ein Torso.“



Jens Mohrherr:
Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hessen. Er war knapp 11 Jahre Hauptpersonalratsvorsitzender der hessischen Polizei.

Unser GdP-Credo bleibt: Mehr Aufgaben erfordern Menschen, die die Aufgaben erledigen. Im Klartext:

Ohne das nötige Personal in Bund und Ländern, sowie ausreichende materielle und personelle Umsetzungen bleibt es bei Absichtserklärungen.

Die Sicherheitslage im Innenbereich ist geprägt durch wechselnde Herausforderungen: politische Umbrüche, Extremismus in allen Facetten, steigende Kriminalität und eine misslungene Migrationspolitik stellen Sicherheitsbehörden vor enorme Herausforderungen!

Die Notwendigkeit einer länderübergreifenden Strategie, die Sicherheit und deren verlässlicher Finanzierung neu denkt, bereits identifizierte Probleme löst und zugleich die Arbeitsbedingungen verbessert, darf durch den Föderalismus nicht länger aufgehalten werden!

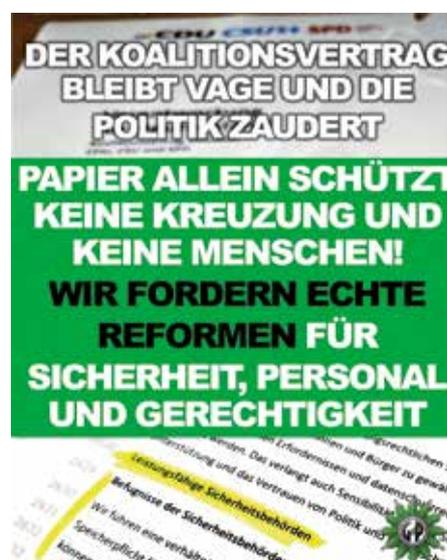
Wer Sicherheitsbehörden im Innenbereich stärken will, muss zwangsläufig die Politik der amtierenden US-Regierung einpreisen! Daten sind „die neue Ware“, die künftig im Weißen Haus in Washington verhandelt und meistbietend angeboten und verkauft werden!

Daten, die durch US-amerikanische Geheimdienste dringend in Europa zur Verhinderung schwerster Straftaten gebraucht werden. Die Gefahr durch hybride Kriegsführungen, Terroranschläge und extremistische Gewalt in Europa bleibt hoch. Der Verfassungsschutz in Bund und Ländern braucht personelle Aufrüstung! Erkenntnisgewinne unserer

Nachrichtendienste können Anschläge verhindern! Rasche und erfolgreiche Radikalisierungen über soziale Netzwerke, sowie Menschen in psychischen Ausnahmezuständen bilden ein komplexes Bedrohungsszenario für Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern.

Um effektiv gegenzusteuern und Taten zu verhindern, braucht es endlich eine verknüpfte digitale Zusammenarbeit. Der Einsatz von KI und weitergehenden Befugnissen für Sicherheitsbehörden ist entscheidend, Ermittlungsarbeit zu beschleunigen, zudem wertvolle polizeiliche Personalressourcen zu schonen.

Deutschlands „Polizeidigitalisierungsprojekt P 20“ aus 2016 steckt noch immer in der Umsetzung fest. Die digitale Ausstattung und Zusammenarbeit aller



beteiligten Behörden in Bund und Ländern müssen schnell geregelt werden, um Sicherheit wirksam zu gewährleisten. Die angekündigte Modernisierung der Ermittlungsarbeit durch automatisierte Datenanalysen und biometrische Abgleiche kann die Polizei besser in die Lage versetzen, Verbrechen zu verhindern und schneller aufzuklären.

Besonders kritisch sehen wir das völlige Fehlen eines klaren Bekenntnisses zur Harmonisierung der Polizeigesetze im Föderalismus.

Wir dürfen nicht länger auf einem Flickenteppich aus Landesgesetzen stehen, während Verbrecher längst keine Landesgrenzen mehr kennen. Die Einführung einer verfassungsrechtskonformen dreimonatigen Speicherpflicht für IP-Adressen und Portnummern und Möglichkeiten der automatisierten Datenrecherche und -analyse, sowie den nachträglichen biometrischen Abgleich mit öffentlich zugänglichen Internetdaten, auch mittels Künstlicher Intelligenz, ist längst überfällig.

Im öffentlichen Raum muss der verstärkte Ausbau und Einsatz von Videoüberwachungssystemen und einer KI länderübergreifend standardisiert werden. Befugnisse für die Sicherheitsbehörden brauchen ein rechtlich stabiles Fundament!

Es ist unserer Gesellschaft längst nicht vermittelbar, dass viele Gesetze und damit Befugnisse für die Polizei in den zurückliegenden Jahren immer wieder „rechtli-

chen Überprüfungen oberster Gerichte“ nicht standhalten konnten und langwierig „nachjustiert und nachgeschärft“ werden mussten!

Mit Blick auf diejenigen, die in den Sicherheitsbehörden „den Karren“ ziehen, bedarf es neben personellen Verstärkungen auch zwingend einer Anpassung von Arbeits- und Einkommensbedingungen.

Es kann nicht sein, dass der Föderalismus im Bereich der Polizei im Bund und in den 16 Bundesländern unterschiedliche „Einkommensmodelle“ für gleiche Tätigkeiten verantwortet!

Die Ankündigung, die Mitbestimmung „weiterzuentwickeln“, bleibt vage. Auch im Beamtenrecht fehlen echte Fortschritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Was uns fehlt, ist echte Modernisierung im Beamtenrecht.

Und was uns fehlt, ist der Mut, Mitbestimmung nicht nur zu erwähnen, sondern endlich zu stärken.



Denn wer uns täglich Leistung abverlangt, muss uns auch zuhören – nicht nur zuhören wollen!

Strafverschärfungen bei Angriffen gegen Polizeibeschäftigte wirken erst dann, wenn die Justiz die Strafrahmen bei Angriffen gegen Einsatz- und Rettungskräfte, Polizisten sowie Angehörigen der Gesundheitsberufe voll ausschöpft.

Absichtsbekundungen und permanente Forderungen nach Angriffen bringen uns nicht weiter. Zuletzt hatte Innenminister Poseck nach einem Angriff öffentlich im HR gefordert: „Wir müssen den Trend der zunehmenden Gewalt gegenüber Einsatzkräften unbedingt brechen, dazu bedarf es auch der Abschreckungswirkung des Strafrechts.“ In diesem Zusammenhang zeigte sich der CDU-Politiker zufrieden, dass die künftige Bundesregierung eine Verschärfung des Strafrechts plane: „Wer Einsatzkräfte angreift, gehört aus meiner Sicht grundsätzlich ins Gefängnis!“

Wir als GdP-Hessen werden diesen Vertrag nicht nur zur Kenntnis nehmen. Wir werden ihn begleiten.

Wachsam. Kritisch. Und mit voller Kraft. Denn am Ende geht es um unsere Kolleginnen und Kollegen. Um uns, um unseren Dienst, unseren Schutz, unsere Würde im schwierigen Beruf!

Jens Mohrherr

WAHLVERSPRECHEN VS. REGIERUNGSREALISMUS

Eine Auseinandersetzung, die immer wieder auf's Neue ausbricht, wenn sich Regierungen bilden (müssen). Verbunden mit vielen Fragen, die sich Bürgerinnen und Bürger stellen, gerade in Zeiten von Krisen, Meinungsumschwüngen und oft widersprüchlichen Aussagen aus dem politischen Raum. Wenn Politiker in der Verantwortung sind, steht ihr Handeln unter besonderer Beobachtung – und oft klafft eine große Lücke zwischen dem, was versprochen wurde, und dem, was in Regierungsverantwortung dann tatsächlich passiert.

Der Kampf „Versprechen gegen Realität“

Wahlversprechen sind oft idealistisch und zugespitzt formuliert – im besten Fall motivierend, im schlechtesten Fall bewusst unrealistisch.

Sobald Politiker in Regierungsverantwortung kommen, prallen diese Versprechen auf Koalitionszwänge, Sachzwänge, EU-Recht, Lobbydruck und die Realität begrenzter Haushaltsmittel. „Alles steht unter Finanzierungsvorbehalt“ heißt das aktuell bei der neuen „großen Koalition“.

Versprechen sind also mit aller Vorsicht zu genießen. Was realistisch, gesetzlich möglich und finanzierbar ist, zählt mehr als die „großen Worte“ im Wahlkampf.

Auch in Punkto Sicherheit wird es spannend, wenn die Ministeriumsfarbe von rot auf schwarz wechselt.

Handeln statt reden – Taten zählen mehr

Wenn Politiker konkrete Maßnahmen umsetzen, Gesetze auf den Weg bringen oder Missstände erkennbar beheben, kann man mehr Vertrauen haben. Wer nur redet, aber bei Rückfragen ausweicht oder Verantwortung weiterreicht, schwächt seine Glaubwürdigkeit.

Achte auf das, was jemand tut, nicht auf das, was er sagt. Wer mutig entscheidet, auch wenn es nicht populär ist, zeigt Rückgrat.

Erstaunlich war es schon einmal, dass der Wahlkampfmanager und General der CDU einen Ministerposten ausgeschlagen hat. Durch die Blume hat er dies damit begründet, dass es „nicht gepasst hat“.

Eine ehrliche und mutige Entscheidung, die auch in der Bevölkerung Anerkennung gefunden hat. Er hat dieses Rückgrat gezeigt, während andere dies nicht haben.

Kurswechsel ist nicht immer eine Lüge

Wenn Politiker eine Entscheidung zurücknehmen, oder ihre Meinung ändern, muss das nicht zwangsläufig Unehrllichkeit sein. Es kann auch heißen:

Sie reagieren auf neue Fakten oder gesellschaftlichen Druck. Problematisch wird es nur, wenn diese Kehrtwenden nicht transparent oder widersprüchlich begründet werden.

Glaubwürdig bleibt, wer seine Meinungsänderung ehrlich erklärt, nicht wer sie einfach unter den Teppich kehrt.

Vertrauen ist keine Einbahnstraße

Ein politisches System lebt davon, dass Vertrauen nicht nur gegeben, sondern auch verdient und gepflegt wird.

Wenn Bürger regelmäßig das Gefühl haben, ihre Sorgen würden ignoriert, während in Berlin oder Brüssel andere Prioritäten gesetzt werden, sinkt die Glaubwürdigkeit. Politiker müssen zuhören, erklären und einbeziehen – und dürfen Kritik nicht als Feindseligkeit sehen.

Vertrauen entsteht dort, wo Augenhöhe herrscht – nicht, wo man sich nur als „verwaltet“ fühlt.

Was kommt also auf uns zu?

Nichts Neues, könnte man sagen. Das kennt man ja aus vergangenen Regierungsbildungen, insbesondere in Hessen.

Nicht jedes Versprechen wird gehalten. Nicht jede Entscheidung wird schlecht gemeint sein. Manche neue Minister handeln aus Überzeugung, andere aus Kalkül. Und man sollte zwischen Person und System unterscheiden:

Politiker können in einem komplizierten Apparat gefangen sein – dem eigenen Parteiapparat. Es muss offen, nachvollziehbar und konsequent gehandelt werden. Aber man sollte nicht blind vertrauen, sondern kritisch begleiten. Denn eine Demokratie funktioniert nur, wenn Vertrauen verdient, nicht eingefordert wird.

bleibt also ein gesunder Realismus. ■

Peter Wittig

DIE TÖDLICHEN ANSCHLÄGE VON HANAU 2020

Nicht enden wollende diskreditierende Vorwürfe gegen die örtliche Polizei

Vor allem die Printmedien haben sich dieses Themas wieder einmal angenommen. Im Vordergrund stand dabei die Aussage des Bundespräsidentenlässlich der jüngsten Gedenkfeier, bei der den Opfern gedacht wurde, die durch Ermordung zu Tode gekommenen waren. Unser Bundespräsident soll dabei die Aussage getroffen haben: „Warum hat der Staat ihre Liebsten nicht geschützt?“ (siehe dazu u.a. Frankfurter Rundschau Nr. 43 vom 20.2.2025).

Mit dem fehlenden Schutz des Staates scheint er augenscheinlich die Polizei gemeint zu haben, die immer wieder solche Vorwürfe hören musste.

Ebenfalls spielte eine Rolle die Veröffentlichung der „Offenbach Post“, mit der Überschrift:

Neue Strafanzeige zu dem seinerzeit bei der Polizeistation Hanau eingegangenen Notruf, der nicht oder unzureichend angenommen worden war. Dadurch entging Viorel Paun, der den Täter mit seinem PKW verfolgte, den zu erwartenden Ratschlägen der Polizei, die wahrscheinlich verhindert hätten, sich in eine Gefahrenlage zu begeben, die sich wenig später in den tödlichen Schüssen des Täters gegen ihn äußerten.

Dazu eine kritische Betrachtung im Nachhinein

Dass der Notruf von Viorel Paun in der Polizeistation Hanau nicht angenommen worden war, folgte nicht aus der individuellen (Fehl-) Entscheidung einzelner Beamtinnen oder Beamten, sondern schlichtweg daraus, dass die Wache der Polizeistation völlig unterbesetzt war und anderen Aufgaben nachgehen musste.

Vor allem die Unterstützung der vielen Kräfte, die sich auf dem Weg befanden, den Täter ausfindig zu machen und ihn festzusetzen.

Die zu dieser Zeit bestehende Unterbesetzung der Wache resultierte zuvorderst daraus, dass die zum Schichtbeginn zur Verfügung gestandenen 10 Beamtinnen und Beamten durch „höhere Weisung“ auf 6 Beamtinnen und Beamten ausgedünnt worden war, die an einer anderen Stelle im Kreis Offenbach aus damaliger Sicht benötigt worden waren.

Im Ergebnis ist die fehlende Annahme des Anrufs von V. Paun per Nutzung der

Notrufanlage auf die Unterbesetzung der Dienststelle zurückzuführen. Dafür können die verbliebenen Kräfte nicht eines Fehlverhaltens beschuldigt werden. Sie tragen – im Nachhinein betrachtet – dafür keine Verantwortung.

Und nicht nur das:

Die Einsatzkräfte, die für die Verfolgung des Täters durch die Gestellung einer inneren und äußeren Absperrung an dessen Aufenthalts- und Tatort benötigt wurden, standen nicht zur Verfügung.

Da half auch nicht die Weisung einer kurzfristig eingerichteten übergeordneten Befehlsstelle, die versuchte, aus benachbarten Dienststellen zusätzliche Einsatzkräfte heranzuziehen, um die erforderlichen Maßnahmen gem. Ziff. 4 der PDV 100 erfolgreich einzuleiten.

Mein vorläufiges Fazit

Bei seriöser Betrachtung ist nochmals deutlich festzustellen, dass gegenüber den so angesprochenen Einsatzkräften keine Vorwürfe erhoben werden können, sie hätten Fehler begangen.

Die Ursachen für das Beschriebene liegen wie bereits ausgeführt in der völligen personellen Unterbesetzung.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses im Hessischen Landtag (nachzulesen im Internet), lässt nicht erkennen, dass er sich mit dieser Thematik ansatzweise befasst hätte – auch nicht im Rahmen meiner Anhörung, auf die ich mich mit einer Ausarbeitung intensiv vorbereitet hatte, ohne dass ich dazu mündlich gehört worden war.

Was darüber hinaus besonders zu bedauern ist, dass es – soweit erkennbar – die zuständige Polizeiabteilung des Innenministeriums bis heute versäumt hat, eine hochrangige, fachkundige Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit den Fragestellungen befasst hätte.

Insoweit steht bis heute aus, ob überhaupt beleuchtet und umgesetzt wurde, in welcher Form die Polizeistationen hinreichend besetzt werden können bzw. müssen, um sie zukünftig beim Eintritt einer schwerwiegenden Akut-Lage – wie in der PDV 100 unter der Ziff. 4 detailliert ausgeführt – in die Situation zu versetzen, fach- und sachgerecht und vor allem auch schnell zu handeln.

Ob die mittlerweile seitens des Innenministeriums veranlasste Personalverstär-

kung – einschließlich der entsprechenden zusätzlichen Ausbildung der Einsatzkräfte – darauf Rücksicht nahm, kann mangels einschlägiger interner Information nicht bewertet werden.

Und wie die Problematik der Notrufanlage auf neue Füße gestellt wurde, kann ebenfalls nicht beurteilt werden. Jedenfalls ist die frühere Ansiedlung der Notrufanlagen auf einzelnen Dienststellen nicht mehr tragbar. Es erscheint geboten, die Notrufe so zu zentralisieren, wie sie mittlerweile beim Polizeipräsidium Südosthessen eingerichtet ist – nämlich in der ständig besetzten Einsatzzentrale, wo die Möglichkeit besteht, eingehende Anrufe inhaltlich unverzüglich zu bewerten und positionsübergreifende Entscheidungen zu treffen.

Nach persönlicher Inaugenscheinnahme trägt die technische und personelle Ausstattung der Einsatzstelle im PP Südosthessen incl. ihrer personellen und digitaltechnischen Ausstattung (Darstellung des Lagebildes, Erkennbarkeit und Auftragserteilung der Einsatzkräfte) dem ausdrücklich Rechnung.

Unter diesen Aspekten sei es erlaubt, das Innenministerium darauf hinzuweisen, dass es zukünftig dringend notwendig ist (soweit nicht schon angedacht bzw. realisiert), dafür zu sorgen, dass die SEK-Einheiten in die Lage versetzt werden, schnellstens die Einsatzorte zu erreichen, um einem Täter – wie der in Hanau – aktiv und wirksam schnellstens entgegenzutreten zu können.

Die Verlegung solcher Kräfte per Hubschrauber verspricht eine sachgerechte Lösung. Hilfreich erscheint es auch, in den örtlichen Polizeipräsidien ergänzend örtliche Eingriffseinheiten einzurichten, die jederzeit abgerufen werden können, um das eingesetzte Personal der Polizeistationen, wann immer nötig, fachgerecht unterstützen zu können.

Bleibt zu hoffen, dass sich das Innenministerium dieser Überlegungen annimmt und entsprechende Entscheidungen trifft.

Das haben schon die Einsatzkräfte des täglichen Streifendienstes verdient. ■

Heinrich Bernhardt

Der Autor war von 2003 bis 2010 Polizeipräsident in Südosthessen. Selbst 15 Jahre im Ruhestand, hat er aber noch immer Ideen und Vorstellungen zur Polizei.

NUR MIT UNS! GDP BEIM GIPFELTREFFEN IN STUTTGART



Mitbestimmung NUR MIT UNS!

Bilder/Grafiken:GdP

Der erste Mitbestimmungsgipfel der GdP am 29. und 30. Januar 2024 war ein hervorragendes Format für Gremienvertreter der bundesdeutschen Polizeilandschaft. Die Veranstaltung fand seinerzeit großen Anklang, egal ob Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretende und die Vertretenden der Jugend- und Auszubildendenvertretungen, alle hatten große Freude an dieser gemeinsamen Veranstaltung mit klarer Botschaft.

So ist es nur folgerichtig, dass es im Jahr 2025 zu einer Neuauflage des Mitbestimmungsgipfels kommen musste.

Dieses Jahr wurde der Gipfel in Stuttgart veranstaltet. Das Motto wurde etwas angepasst und lautete nun „Gemeinsam, gleichgestellt, vielfältig – Mitbestimmung nur mit uns!“

Auch dieses Jahr führte erneut der „alte Bekannte“ Christoph Tiegel (u. a. WDR) gekonnt und professionell durch das GdP-Gipfeltreffen.

Wie auch im letzten Jahr begrüßte Sven Hüber vom geschäftsführenden Bundesvorstand die anwesenden Teilnehmer. Das Grußwort, bei der zweiten Veranstaltung dieser Art, übernahm Katrin Kuhl, unsere Hessin im geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand.

Nach der Tarifeinigung im TVÖD konnte der Bundesvorsitzende, Jochen Kopelke, erst später zum zweiten Mitbestimmungsgipfel anreisen. Auch in Stuttgart wurde ein buntes Programm organisiert, welches zum Austausch viele interessante Gelegenheiten bot.

Der Beginn mit einer Podiumsdiskussion, unter anderem mit dem Landesvorsitzenden aus Baden-Württemberg, Guntram Lottmann, und der Landeskriminaldirektorin Zarges, stand unter dem Stichwort „transformationale Führung“ – Mit guter Mitbestimmung die Demo-

kratie in der Dienststelle stärken. Eine nicht ganz unwichtige Thematik, da die rasanten Entwicklungen in den Bereichen Kriminalitätsbekämpfung und Digitalisierung einige Führungsbeamte innerhalb der Polizei dazu neigen lässt, sich hinter der Arbeit zu verstecken und sich zu wenig Zeit für Führung zu nehmen.

Daneben gab es auch wieder Workshops zu verschiedenen Themen. Dieses Jahr standen zur Auswahl:

- „Gremien(zusammen)arbeit neu gedacht
- Tarifbeschäftigte stärken – Was kann die Beschäftigtenvertretung tun?
- IT Barrierefreiheit – MEHRwert für alle!
- JAV-Tutorial und Stand – Status – Rolle der Frauen-/Gleichstellungsbeauftragten in der Mitbestimmungsarbeit.

Nach der ersten Runde der Workshops gab es einen weiteren Fachvortrag.

„Dienstunfallschutz bei PTBS“

Dieser beleuchtete einen Bereich innerhalb der Polizei, der aktuell noch im Dornröschenschlaf verweilt.

Posttraumatische Belastungsstörungen sind jedoch auch in der Polizei gegenwärtig. Erste zarte Versuche in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, das Thema in den Fokus zu bekommen, gibt es allerdings bereits, auch in Hessen.

Der Vortrag mit Beteiligung der Hauptschwerbehindertenvertretung der Bundespolizei wirft auch die Frage auf, ob gegebenenfalls Rechtslagen geändert werden müssen und Dienstunfälle nicht mehr auf einen einzelnen Zeitpunkt festgemacht werden müssen, sondern, wie bei der Bundeswehr auch, Zeiträume betrachtet werden sollten.

Spannende Diskussionen, die die Polizei bundesweit betrifft und gerade nach traumatischen Ereignissen, wie in Mannheim geschehen, leider auch immer häufiger vorkommen. An Tag zwei ging es morgens mit der zweiten Runde der Fachforen wei-

ter. Hier bestand die Möglichkeit, in einen weiteren Themenbereich hineinzuschauen und ein generell breiteres Bild auf die Arbeit hinsichtlich Beteiligungsrechten zu bekommen.

„Prävention und der Schutz von Polizeibeschäftigten“

Den Abschluss der erneut absolut gelungenen Veranstaltung bildete wieder eine Fishbowl-Diskussion zum Thema.



Ich durfte als einer der Teilnehmer, in Vertretung des Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht, die Erfahrungen aus meiner Zeit als Personalrat und Gewerkschafter einbringen.

Von Kiel bis Garmisch oder von Aachen nach Görlitz, es gibt bundesweit zahlreiche gute und schlechte Beispiele der Dienstherren, wie man mit Beschäftigten nach Dienstunfällen oder belastenden Einsatzlagen umgehen sollte und wie man es machen sollte.

Auch diese Fishbowl-Diskussion zeigt einmal mehr, dass es noch ein weiter Weg ist, bis zu einem möglichst einheitlichen vergleichbaren Vorgehen im Sinne der betroffenen Beschäftigten.

Wer jeden Tag seine Haut zu Markte trägt, benötigt einen umfassenden Absicherungskatalog, damit diejenigen, denen etwas zustößt, auch aufgefangen werden.

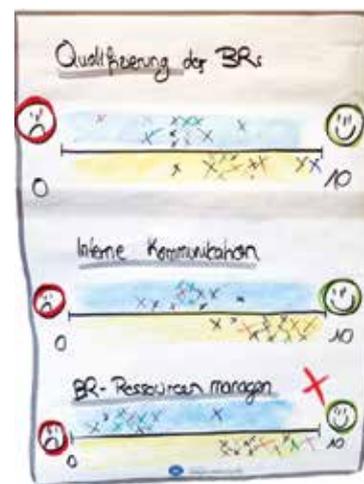
Dies muss von Schleswig-Holstein über Hessen und Thüringen bis nach Bayern gleich hochwertig sein. Die praktische Polizeiarbeit unterscheidet sich nicht viel,

dann darf die Absicherung ebenfalls wenig Unterschiede aufweisen.

Fazit

Der zweite Mitbestimmungsgipfel war erneut eine äußerst gelungene Veranstaltung. Sie sollte zur festen Tradition werden. Und für die Polizei darf sich die GdP durchaus als Meinungsführer bezeichnen. Der Gipfel hat Botschaften in die Republik gesendet. Die wichtigste ist allerdings erneut, dass es nur gemeinsam gehen kann. Teilhabe und Mitbestimmung könnte man auch mit #wirallezusammen übersetzen.

Wir freuen uns auf die Fortsetzung! ■
Daniel Klimpke



BETEILIGUNG VON PERSONALRÄTEN – SICHTWEISEN



Natürlich ist es im Interesse mancher Arbeitgeber, wenn der Personalrat außen vor bleibt – schließlich stört Mitsprache nur beim Durchregieren.

Wer braucht schon demokratische Prozesse, wenn man stattdessen bequem im Alleingang über viele Köpfe hinweg entscheiden kann? Dafür ist man doch wohl Präsidentin oder Präsident.

Schnell mal umstrukturieren, Mitarbeiter versetzen, kündigen – ohne Nachfragen, ohne Widerspruch, ohne Verantwortung gegenüber den Menschen, die den Betrieb am Laufen halten.

Wir als Personalrat sind da nur ein lästiges Hindernis: Wir wollen Informationen, Transparenz und – wie anmaßend – das Wohl der Beschäftigten im Blick behalten.

Und genau das ist es, was einigen Präsidentinnen und Präsidenten der Polizei sauer aufstößt. Denn Mitbestimmung heißt für sie einfach nur Kontrolle. Heißt: Entscheidungen müssen begründet, Maßnahmen abgestimmt, Interessen abgewogen werden. Das passt nicht zum Bild vom allwissenden Behördenleiter, der am liebsten alleine entscheidet – möglichst ungestört von Gesetzen oder Menschenrechten im Betrieb.

Doch wer uns ausschließt, handelt nicht nur rechtswidrig, sondern auch kurzsichtig. Ein Präsidium ohne Mitbestimmung ist eine Behörde auf dem Schleudersitz: hohe Unzufriedenheit, steigender Krankenstand, innere Kündigung – aber hey, Hauptsache die Entscheidung ging schnell, oder?

Wir sind nicht der Feind der Behörde oder dessen Leiterin oder Leiter. Aber wir sind der Stachel im Fleisch jener, die Belegschaften wie Verschleißteile behandeln wollen. Und genau deshalb ist unsere Beteiligung nicht nur lästig – sie ist notwendig.

Warum sollte ein Behördenleiter oder Behördenleiterin den Personalrat beteiligen, wenn es doch auch irgendwie ohne seine Beteiligung geht?

Mitbestimmung kostet viel Zeit, Nerven – und Macht. Und was maßt sich manch ein Personalrat eigentlich an, dass dem Präsidenten oder der Präsidentin so viele Fragen gestellt werden dürfen? Warum muss ich auf diese Fragen eigentlich antworten?

Wer den Personalrat also außen vor lässt, spart sich endlose Diskussionen mit einer Belegschaftsvertretung, die ohnehin nur bremst, zweifelt und Mitspracherechte einfordert.

Entscheidungen können doch im Alleingang getroffen werden – schnell, effizient und ohne störendes Hinterfragen. Für was habe ich eigentlich diese Position, die durch einen Personalrat infrage gestellt wird.

Kündigungen? Reibungslos. Umstrukturierungen? Im Handumdrehen. Transparenz? Unnötig. Schließlich weiß ich als die Führungsperson am besten, was gut für die Behörde ist – oder zumindest für die Zahlen.

Dass Arbeitnehmerrechte dabei unter die Räder kommen, kann als Kollateralschaden billigend in Kauf genommen werden.

Ein informierter, mitredender Personalrat ist unbequem, stellt Fragen, schützt Mitarbeiter – und steht damit oft den Interessen meiner rein ergebnisorientierten Behördenführung im Weg.

Also: Warum beteiligen, wenn man auch durchregieren kann? Personalvertretungsrechte gehören grundsätzlich weiter eingeschränkt. Es gibt halt Entscheidungen bei der Polizei, da ist die Meinung eines Personalrats überflüssig und verzichtbar.

Beteiligung auf ein Minimalmaß reduzieren ist angesagt.

GDP-SYMPOSIUM „CYBERCRIME – DIGITALE ZUKUNFT“

ERFOLGREICHER AUFTAKT DES GDP-LANDESFACHAUSSCHUSSES KRIMINALPOLIZEI

Am Dienstag, den 18. März 2025, veranstaltete der neu gegründete Landesfachausschuss Kriminalpolizei (LFA-Kripo) der GdP Hessen im Bürgerhaus Hofheim-Marxheim sein erstes Fachsymposium. Thema: „Cybercrime – Digitale Ermittlungsarbeit der Zukunft“. Die Resonanz war groß: Rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Bereichen der Polizei, Justiz und Verwaltung kamen zusammen, um sich über die Herausforderungen und Chancen digitaler Ermittlungsarbeit auszutauschen.



Bilder: GdP

Der LFA-Kripo: Sachverstand bündeln – Perspektiven schaffen

Der Landesfachausschuss Kriminalpolizei setzt sich aus Kolleginnen und Kollegen aller kriminalpolizeilichen Fachdienststellen der hessischen Polizei zusammen.

Sein Ziel: fachliche Expertise bündeln, strukturelle Missstände benennen und Impulse für Verbesserungen setzen.

In seiner Arbeit beleuchtet der Ausschuss aktuelle Themen wie künstliche Intelligenz, Vorratsdatenspeicherung, technische Ausstattung, aber auch organisatorische Schwachstellen in der Aufbau- und Ablauforganisation.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der psychischen Belastungssituation der Kolleginnen und Kollegen, strukturellen Ungleichheiten (z. B. im Zulagenwesen), sowie dem dringenden Bedarf an rechtssicheren gesetzlichen Grundlagen für die Polizeiarbeit.

Mit Veranstaltungen wie diesem Symposium will der LFA-Kripo nicht nur fachliche Weiterbildung ermöglichen, sondern auch den Dialog zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft fördern.

Die mittägliche Veranstaltung leitete der Sprecher des Landesfachausschusses, Peter Vitze.

Begrüßung und Auftakt durch HLKA-Präsident Andreas Röhrig

Nach einem Grußwort des GdP-Landesvorsitzenden Jens Mohrherr begann HLKA-Präsident Andreas Röhrig mit einem Überblick über das Projekt „P 24/25“.

Er stellte dabei klar: Digitale Kriminalität ist längst Teil des Alltags – und unsere

Ermittlungsarbeit muss sich diesem Wandel anpassen.



Röhrig (hier im Bild) skizzierte zahlreiche Vorhaben, darunter:

- Die Standardisierung kriminalpolizeilicher Verfahren
- Der Aufbau eines intelligenten Lagebildsystems für Staatsschutz und Gefahrenabwehr
- Strukturierte Verfahren zur Gefährdewertung, insbesondere bei psychisch auffälligen Straftätern

Ziel sei es, Effizienz zu steigern, Ressourcen zu entlasten und die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und anderen Stellen zu verbessern. Dabei gehe es nicht nur um Technik, sondern auch um kulturellen Wandel und Führung.

Jana Ringwald (ZIT): Digitale Spuren lesen lernen – Cyberermittlungen in der Praxis



Mit beeindruckender Fachkenntnis und großem Engagement schilderte Frau Oberstaatsanwältin Jana Ringwald von der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität (ZIT), wie Ermittlungen im digitalen Raum konkret aussehen.

Ihr zentrales Plädoyer:

„Daten sind keine Zusatzinformation – sie sind die neue Tatwaffe und zugleich der neue Beweis.“

Anhand realer Fälle wie der „Operation Endgame“ oder dem Takedown der Darknet-Plattformen „Tranktor“ und „Revolt“ zeigte sie, wie effektiv digitale Ermittlungen sein können – vorausgesetzt, Polizei und Justiz haben das nötige Wissen, die technischen Mittel und den Mut, sich auf neue Denkweisen einzulassen.

Ringwald sprach sich aus für:

- Eine stärkere Zentralisierung von Informationen
- Mehr technisches Grundverständnis bei allen Beteiligten
- Mehr technisches Grundverständnis bei allen Beteiligten

Cybercrime ist kein Nischenthema, so Ringwald, sondern betrifft sämtliche Kriminalitätsfelder, vom Betrug über Kinderpornografie bis hin zur organisierten Kriminalität.

Rebecca Beigel und Pascal Schönfelder (BMI): OSINT als Werkzeug moderner Polizeiarbeit

Den Abschluss des Vortragsblocks bildeten Rebecca Beigel und Pascal Schönfelder aus dem Bundesministerium des Innern, die das bundesweite Projekt „P 20“ vorstellten.



Im Mittelpunkt: Open Source Intelligence (OSINT) – also das Sammeln und Auswerten öffentlich zugänglicher Daten aus sozialen Netzwerken, Foren oder Websites zur Ermittlungsunterstützung.

Sie präsentierten ein Leitpapier zur OSINT-Anwendung, das bundesweit als Orientierungsrahmen dienen soll. Die Referierenden machten deutlich:

OSINT ist kein technischer Spielkram – sondern eine notwendige Methode, um im digitalen Zeitalter überhaupt noch Schritt halten zu können.

Dabei gehe es sowohl um rechtliche Klarheit als auch um methodische Standards – und vor allem darum, OSINT-Werkzeuge systematisch in die Ermittlungsarbeit zu integrieren.

Anerkennung als dienstliche Veranstaltung – ein wichtiges Signal

Ein besonderer Dank gilt den Präsidenten des HLKA, des Polizeipräsidiums Westhessen, des Hessischen Polizeipräsidiums für Technik (HPT), sowie der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS).

Sie haben die Veranstaltung als dienstliche Fortbildung anerkannt – und damit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen die Teilnahme erleichtert. Ein herzliches Dankeschön für dieses Zeichen.

Das ist ein starkes Zeichen für die Wertschätzung kriminalpolizeilicher Facharbeit und unterstreicht die Bedeutung kontinuierlicher Weiterbildung im Bereich digitaler Ermittlungsarbeit.

Dankeschön!

Alle Vortragenden erhielten als Dankeschön unseren Polizei-Bären, Frau Ringwald bekam sogar noch einen zweiten, um familiärem Neid direkt einen Riegel vorzuschieben. Alle betonten, dass sie dies gern wiederholen würden. Von den Teilnehmenden gab es viel Beifall und zufriedene Gesichter.

Die Einblicke in die Arbeit der Referentinnen und Referenten war ganz sicher ein Gewinn. Von allen wurde betont, dass in einer stärkeren Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden in dem nicht ganz neuen Feld der Computerkriminalität ein Schlüssel zum Erfolg liegt.



Fazit: Digitalisierung ist kein Trend – sondern Realität

Die Vorträge machten deutlich:

Cybercrime ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern Ausdruck einer tiefgreifenden Veränderung unserer Gesellschaft – und diese Veränderung muss auch die Kriminalitätsbekämpfung erfassen.

Ob digitale Spurenauswertung, Datenanalyse, Lagebildmanagement oder OSINT – Polizei und Justiz müssen gemeinsam, vernetzt und datenkompetent arbeiten.

Der Landesfachausschuss Kriminalpolizei der GdP Hessen hat mit diesem Symposium einen wichtigen Impuls gegeben.

Der Anfang ist gemacht – die Arbeit geht weiter.

Peter Vitze



Der Autor Peter Vitze ist seit 1998 bei der hessischen Polizei und ebensolange treues GdP-Mitglied.

Gewerkschaftliches:

Er ist Vorstandsmitglied der Bezirksgruppe Westhessen, stellv. Kreisgruppen-Vorsitzender im Main-Taunus und seit kurzem Sprecher des Landesfachausschuss Kriminalpolizei.

Dienstliches:

Von 2001 bis 2011 PP Ffm; Überfallkommando und Personenschutz.

Seit 2011 RKI Main-Taunus, seit 2022 stellv. Leiter K 21/22 (Einbrüche, PKW-Delikte, GAA-Sprengungen)

Privates:

Seit vergangenen Monat 50 Jahre jung, „habe zwei Mädels“ (15 und 18), fahre gerne Kawa Z 900, liebe Beachvolleyball und Kochen; letzteres auch mal gerne für 80 Personen, ...wenn ich nett gebeten werde...

ZU JEDER TAGESZEIT EIN GUTER KAFFEE FÜR DEN RVD



Kaffee scheint in großen Teilen unserer Behörde und insbesondere beim Regionalen Verkehrsdienst Wiesbaden in Mainz-Kostheim das wohl am meisten konsumierte Produkt zu sein.

Entsprechend gut sollte dieser auch sein, damit das Wohlbefinden der Be-

diensteten und daraus resultierend auch der Arbeitserfolg der Dienststelle gesichert ist. Ohne Mampf kein Kampf, wozu sicherlich auch die erforderliche flüssige Nahrung zählt.

Nachdem der über die Behörde beschaffte Kaffeevollautomat nach einigen Jahren fleißigen Kaffeebrühens nun das Zeitliche segnete, war es an der Zeit, einen Ersatz zu finden.

Aufgrund der eher bescheidenen Haushaltslage war eine Beschaffung eines Ersatzes über behördliche Mittel ausgeschlossen. Daraufhin wurde ein Mitglied der GdP aktiv und setzte sich mit uns in

Verbindung. Hierdurch erfuhr der Vorstand der Kreisgruppe Wiesbaden von dem Beschaffungsvorhaben, so dass nach mehrheitlicher Befürwortung und Annahme des Kassenbeschlusses eine finanzielle Unterstützung für den RVD in Höhe von 200€ für die Neubeschaffung zugesagt werden konnte.

Mithilfe der Unterstützung war es der Dienststelle so möglich, einen neuen Kaffeevollautomaten zu beschaffen.

Die GdP freut sich, den RVD Wiesbaden unterstützt zu haben und wünscht allen einen kraftvollen Kaffeegenuss.

Stefan Krollmann

QUID DEINDE FIT- WAS KOMMT BEI DER WACHPOLIZEI?

Die Wachpolizei (WaPol) ist eine Organisationseinheit innerhalb einiger deutscher Landespolizeien. Sie übernimmt vor allem Objektschutz- und Unterstützungsaufgaben der Vollzugspolizei. Aktuell gibt es sie in Berlin, Sachsen und Hessen. In Hessen ist die Wachpolizei seit über zwei Jahrzehnten fester Bestandteil der Sicherheitsarchitektur. Ihr Ursprung in Hessen liegt im Oktober 2000, als sie zunächst in Frankfurt, Kassel und Gießen als Modellprojekt an den Start ging.



Grafik: Wittig

Grund hierfür war die Abschaffung des mittleren Dienstes Mitte der 1990er Jahre. Unter dem Motto „Mehr Sicherheit für den Bürger, mehr Entlastung für die Polizei“ wurden bestimmte Aufgaben auf die neue Wachpolizei übertragen.

Dies sollte den Vollzugsdienst entlasten und ihm ermöglichen, sich gezielter auf kriminalpräventive und ermittlungsentensive Tätigkeiten zu konzentrieren – ein effizienter Ansatz in Zeiten knapper Ressourcen.

Heute versehen rund 820 Wachpolizistinnen und Wachpolizisten bei allen Flächenpräsidien in Hessen tagtäglich ihren Dienst – und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Ihre Einsatzgebiete sind vielfältig und reichen von Objektschutz über Gewahrsamsdienste bis hin zu Transportaufgaben und verkehrspolizeilicher Unterstützung.

Ausstattung und Aufgabenentwicklung

Wachpolizistinnen und -polizisten sind uniformierte Kräfte, die sich vom Polizeivollzugsdienst lediglich durch das Ärmelabzeichen mit der Aufschrift „Wachpolizei“ und blaue Rangsterne unterscheiden.

Zur Ausrüstung gehören Pistole, Teleskopschlagstock, Pfefferspray und bei Bedarf auch Maschinenpistolen – insbesondere im Objektschutz.

Der ursprüngliche Aufgabenkatalog war klar definiert:

- Objektschutz (PDV 129)
- Gewahrsamsdienste
- Gefangenen- und Abschiebetransporte
- Sicherung von polizeilichen Liegenschaften
- Unterstützung bei besonderen Lagen
- Begleitung im ÖPNV, Fußstreifen

Mit der Zeit wuchs dieser Aufgabenkatalog kontinuierlich und stetig an und

wurde unter anderem um Aufgabenbereiche wie:

- Verkehrsüberwachung
- Bearbeitung von Ermittlungersuchen im Verkehrsbereich
- Jugendverkehrserziehung
- Urkundenvorprüfung
- Begleitung von Schwertransporten
- Unterstützung bei Unfallaufnahmen und Kontrollstellen erweitert.

Zusätzlich hatten die Präsidien die Möglichkeit, weitere spezifische Aufgaben ihren Tarifbeschäftigten der Wachpolizei zuzuweisen. So ergab sich in der Praxis ein sehr differenziertes Einsatzbild, abhängig vom jeweiligen Standort.

Vielerorts führte dies zu einer breiten und anerkannten Einbindung der Wachpolizei.

Tarifliche Entwicklung und ökonomische Bewertung

Die Beschäftigten wurden anfangs nach EG 6 BAT vergütet. Nach dem Austritt Hessens aus dem Tarifverbund der Länder im Jahr 2004 und der Einführung des TV-H erfolgte die Umstellung in die EG 6 TV-H.

Eine durch Kolleginnen und Kollegen erstrittene gerichtliche Entscheidung führte zur Eingruppierung in EG 9 TV-H. Neueinstellungen erfolgen derzeit in EG 8 TV-H. Doch mit der Aufwertung kam auch die ökonomische Frage auf: Rechnet sich die Wachpolizei unter diesen Bedingungen noch?

Der Hessische Rechnungshof kam 2020 zu einem ernüchternden Ergebnis:

Die erhofften Einsparungen im Vergleich zum mittleren polizeilichen Dienst blieben aus.

Präsident Dr. Walter Wallmann empfahl daher, die Wiedereinführung des mittleren Polizeidienstes zu prüfen – ein bemerk-

wenswerter Schwenk in der sicherheitspolitischen Debatte.

Evaluierung, Arbeitsgruppen und Stimmungslage

Ende 2022 initiierte der Inspekteur der Polizei Hessen eine landesweite Evaluation der Wachpolizei. Ziel war es, den tatsächlichen Einsatz der rund 820 Beschäftigten zu erfassen – auch vor dem Hintergrund, dass viele inzwischen in Bereichen tätig waren, die nicht dem ursprünglichen Aufgabenkatalog entsprachen: etwa in Tatortkommissariaten, Verkehrsdiensten, oder auch im Bereich des Hessischen Polizeipräsidiums für Einsatz (HPE) bei technischen Einheiten und der Fliegerstaffel.

Die „AG Wachpolizei“ wurde gegründet und unterteilte sich in fünf Unterarbeitsgruppen:

- UAG 1: Berufsstart
- UAG 2: Berufszufriedenheit
- UAG 3: Grundaufgaben
- UAG 4: Anschlusskonzept
- UAG 5: Verwaltungsvorschrift

Anfangs war diese AG ausschließlich mit Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten besetzt – eine merkwürdige Konstruktion, ging es doch um die Zukunft der Wachpolizei.

Erst im August 2023 wurden Dezentrale Resonanzgruppen (DRG) in allen Flächenpräsidien gebildet, in denen auch Wachpolizistinnen und -polizisten selbst mitwirkten. Eine späte, aber letztendlich sinnvolle Beteiligung der Beschäftigten.

Ich selbst bin Teil der DRG beim Polizeipräsidium Westhessen – und kann daher nur aus deren Perspektive berichten. Die Zusammenarbeit mit der AG gestaltete sich von Beginn an schwierig:

Unvollständige Unterlagen, kaum Transparenz, Desinteresse an unseren eingebrachten Vorschlägen.

Zwischenberichte blieben unter Verchluss, oder waren nur geschwärzt zugänglich. Auch der Hauptpersonalrat wurde nicht regelmäßig eingebunden.

Künftige Aufgaben – ein Rückschritt?

Höhepunkt der Enttäuschung war die 3. Sitzung der DRG des PP Westhessen im September 2024.

Hier präsentierte die AG – nach fast einem Jahr Funkstille – ihre Ergebnisse in Form eines „(noch) nicht finalen Entwurfs“. Geplant ist wohl eine drastische Reduzierung des Aufgabenportfolios auf die vier Kernbereiche:

- Objektschutz
- Gewahrsam und ED-Behandlung
- Abschiebe- und Gefangenentransporte
- Mitarbeit in Asservatenstellen

Was das für die aktuell beschäftigten Kolleginnen und Kollegen der Wachpolizei bedeutet, deren Aufgaben außerhalb dieser Bereiche liegen, konnte die AG final noch nicht beantworten.

„Doch Wertschätzung zeigt sich nicht in Sonntagsreden, sondern in konkreten Entscheidungen. Es ist höchste Zeit für einen ehrlichen, fairen und zukunftsfesten Umgang mit dieser Berufsgruppe.“



Man beschwichtigte zwar mit dem Hinweis, dass Betroffene vorerst auf ihren Stellen verbleiben. Schriftlich wollte das aber niemand bestätigen.

Es entsteht der Eindruck einer möglichen Zweiteilung: eine „alte“ Wachpolizei mit breitem Aufgabenfeld und eine „neue“, abgespeckte Variante für künftige Einstellungen.

Doch wie soll das funktionieren? Wie will man an einer Dienststelle wie zum Beispiel der Präsidialwache in Wiesbaden zwei Systeme parallel betreiben?

Bis heute fanden insgesamt 5 Sitzungen der DRG des PPWH statt. Ein abschließendes Ergebnis der AG Wachpolizei steht nach wie vor noch aus.

Fazit – und ein offenes Wort

Die Wachpolizei hat sich seit über 20 Jahren bewährt. Sie ist Teil der Sicherheitsstruktur Hessens, entlastet den Vollzugsdienst spürbar und sorgt für verlässli-

che Präsenz. Viele Wachpolizistinnen und Wachpolizisten identifizieren sich stark mit ihrem Beruf und leisten täglich engagierte Arbeit.

Worte wie „Anerkennung“ und „Wertschätzung“ sind schnell gesagt – entscheidend ist, was daraus folgt.

Eine Beschneidung der Aufgaben bei gleichzeitigem Desinteresse an Beteiligung und Kommunikation sendet absolut fatale Signale:

An die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, aber auch an mögliche Bewerberinnen und Bewerber.

Doch Wertschätzung zeigt sich nicht in Sonntagsreden, sondern in konkreten Entscheidungen. Es ist höchste Zeit für einen ehrlichen, fairen und zukunftsfesten Umgang mit dieser Berufsgruppe.

Dazu gehören klare Perspektiven, echte Beteiligung – und vor allem: Respekt vor der geleisteten Arbeit. Wie will man so Motivation fördern, Nachwuchs gewinnen, Vertrauen schaffen?

Wenn Beteiligung erschwert und Unsicherheit geschürt wird, ist das ein Rückschritt – kein Fortschritt.

Deshalb bleibt am Ende nur die spannende zentrale Frage:

Quo vadis, Wachpolizei? ■

Markus Heiß

GRÜNDUNG DES LANDESFACHAUSSCHUSS WACHPOLIZEI

Am 7. März 2025 fand in den Geschäftsräumen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Wiesbaden ein bedeutendes Treffen statt: Die Gründung des Landesfachausschusses (LFA) Wachpolizei Hessen. Anwesend waren Vertreter aus allen sieben Flächenpräsidien sowie des Hessischen Polizeipräsidiums für Einsatz (HPE). In den LFA Wachpolizei wurden nun von den Bezirksgruppen neue Kolleginnen und Kollegen berufen, welche die Arbeit des Ausschusses aktiv gestalten und weiterentwickeln sollen.



Bild: GdP

Ergebnis des ersten Treffens war es, sich gegenseitig kennenzulernen und die zukünftigen Ziele und Themenschwerpunkte des LFA Wachpolizei zu identifizieren.

Herausforderungen und Problemfelder

Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass die Wachpolizei trotz einiger Fortschritte weiterhin mit erheblichen Problemen zu kämpfen hat. Seit ihrer Einführung hat sich die Akzeptanz und die Einsatzbreite der Wachpolizei stetig verbessert.

Nach einigen Klagen vor den Verwaltungsgerichten konnte eine bessere Eingruppierung in die EG 9a, für die zu diesem Zeitpunkt eingestellten Kolleginnen und Kollegen, erreicht werden.

Für alle nachträglich eingestellten Beschäftigten ist nur die EG 8 vorgesehen.

Doch wichtige Herausforderungen bleiben ungelöst:

Zentrale Versetzungsregularien:

Unterschiedliche Handhabungen in den Präsidien führen zu Unzufriedenheit und

erschweren den Wechsel, selbst bei familiären oder pflegerischen Gründen.

Attraktivität und Bewerberlage:

Trotz gesenkter Anforderungen mangelt es an Interessenten. Die fehlende Bereitschaft des Landes Hessen, eine tarifliche Zulage für die Wachpolizei zu schaffen, führt zu Abwanderungen in Ordnungsämtern und Stadtpolizeien.

Das Land Hessen sollte kein Ausbildungsdienstleister für die Kommunen sein.

Einstellung und Zuweisung:

Die dezentrale Einstellung und die fehlende Berücksichtigung von Wohnortnähe wirken sich negativ auf die Berufszufriedenheit aus.

Schichtdienstunfähigkeit:

Es fehlen Lösungen für Wachpolizisten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr im Schichtdienst arbeiten können. Ein früherer Renteneintritt nach einer gewissen Anzahl von Schichtdienstjahren wäre wünschenswert (z.B. analog zu den verbeamteten Kollegen der Schutzpolizei)

Vielfältige Einsatzmöglichkeiten:

Wachpolizisten wünschen sich abwechslungsreiche Tätigkeiten - statt reiner Objektschutzmaßnahmen, die in der Verwaltungsvorschrift klar geregelt sind.

Einheitliche hessenweite Regelungen:

Derzeit bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Polizeipräsidien, sowohl bei den Arbeitszeitmodellen, als auch bei den zugewiesenen Aufgaben. Eine landesweite Standardisierung ist dringend erforderlich.

Faire Bezahlung und Absicherung:

Die Eingruppierung der Wachpolizei ist nicht einheitlich geregelt. Eine Anhebung auf die Entgeltgruppe 9a und eine Sonderregelung im Tarifvertrag des Landes Hessen (TV-H) sind notwendig.

Altersvorsorge und Entlastung:

Ein früherer Renteneintritt nach 20 Jahren Schichtdienst oder eine altersgerechte Verwendung, ähnlich wie in anderen sicherheitsrelevanten Berufen, wird gefordert.

Ein besorgniserregender Trend:

In einigen Präsidien wird derzeit erwogen, die Wachpolizei auf ihre Kernauf-



Der Autor Maik Roth ist Wachpolizist im PP Südosthessen und Mitglied im Landesfachausschuss der GdP Hessen

gaben - Objektschutz, Gewahrsam und Transporte - zu reduzieren. Tätigkeiten wie Jugendverkehrserziehung oder Verkehrsüberwachung sollen nicht mehr durch die Wachpolizei besetzt werden, sobald entsprechende Stellen durch Rente oder Kündigung frei werden. Dies bedroht die Attraktivität und die Zukunft der Berufsgruppe massiv.

Ziele und Aufgaben des LFA WaPo

Der Landesfachausschuss Wachpolizei setzt sich für die Interessen und Belange der Wachpolizistinnen und Wachpolizisten in Hessen ein. Dabei werden insbesondere folgende Aspekte im Fokus stehen:

Verbesserung der Arbeitsbedingungen:

Die Optimierung der Arbeitszeiten, der Einsatzplanung und der Ausstattung.

Fort- und Weiterbildung:

Förderung von Schulungsangeboten und Qualifizierungsmaßnahmen.

Austausch und Vernetzung:

Die Förderung des Dialogs zwischen den hessischen Präsidien und der GdP, um eine einheitliche Interessenvertretung sicherzustellen.

Tarifliche und rechtliche Absicherung:

Die Unterstützung bei allen tariflichen Fragen und einem rechtlichem Beistand, falls notwendig.

Einheitliche Standards:

Die Umsetzung einer landesweiten Standardisierung der Einsatzbereiche und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Realistische Erwartungen:

Die Vermeidung falscher Versprechungen bei der Werbung neuer Wachpolizisten und Anpassung der Ausbildungsangebote.

Altersgerechte Lösungen:

Schaffung von Alternativen für Wachpolizisten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr im Schichtdienst arbeiten können.

Zusammenarbeit und Perspektiven

Das Treffen diene nicht nur dem gegenseitigen Kennenlernen, sondern auch der Erarbeitung eines strategischen Fahrplans für die kommenden Jahre.

Durch die Neubenennung und Erweiterung der Mitglieder aus den Bezirksgruppen wird frischer Wind in die Arbeit des LFA Wachpolizei gebracht, um die Interessen nachhaltig zu stärken.

Die GdP Hessen zeigt sich erfreut über das Engagement und die Motivation der neu ernannten Mitglieder und blickt optimistisch auf die zukünftige Zusammenarbeit.

Mit dieser Neuausrichtung und dem klaren Fokus auf die Belange der Wachpolizei wird der LFA Hessen eine starke Stimme innerhalb der GdP und für die hessischen Wachpolizistinnen und Wachpolizisten sein.

Maik Roth



Roman Poseck, Innenminister

„Mir ist wohl bewusst, dass sich die herausragende Arbeit der hessischen Beamtinnen und Beamten auch finanziell auszahlen muss. Eine angemessene Bezahlung der Beamtinnen und Beamten sowie Besoldungsempfänger wird weiter ein Schwerpunkt der Hessischen Landesregierung bleiben.“



„HE-ROBO-COP“ (EIN HESSISCHER ROBOTERPOLIZIST)

Die Entwicklungen in der aktuellen Zeit sind rasanter denn je. Gefühlt vergeht keine Woche ohne eine neue technische Errungenschaft. Dies gilt allgemein in der Gesellschaft, aber auch für die Sicherheitsbehörden im speziellen. Zentraler Kern der rasanten Entwicklung ist das Thema KI. Was einerseits erhebliche Mengen an Energie benötigt, bringt andererseits unvorstellbare Möglichkeiten. Macht man sich hierüber etwas intensiver Gedanken, landet man unweigerlich in Hollywood.



Grafik: Wittig/KI

Egal ob Filme wie Robocop, I-Robot, Minority Report oder Blade Runner, um nur ein paar dieser Science-Fiction Filme zu nennen, man kann erahnen, was Technik möglich machen kann und welche Risiken bestehen können.

Das menschliche Urteilsvermögen, gepaart mit technologischer Unterstützung, werden eine wichtiger, vielleicht gar entscheidender Schlüssel in der Kriminalitätsbekämpfung. Die Polizei der Zukunft, egal wie sie denn mal aussieht, wird mit vielen Herausforderungen konfrontiert werden. Viele dieser Herausforderungen kennen wir womöglich noch gar nicht.

Gesellschaftliche wie auch technologische Aspekte spielen hier eine wesentliche Rolle. Die Gewährung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf der einen und die Grundrechtseingriffe auf der anderen Seite, sind die Pole, die man in Einklang bringen muss.

Ein anspruchsvoller Balanceakt zwischen Sicherheit, Technologie und den Rechten der Bürger, der bereits heute in Hessen Fahrt aufgenommen hat.

Mit der Novelle des neuen Polizeigesetzes, das am 12.12.2024 im Hessischen Landtag beschlossen wurde, betritt Hessen als erstes Bundesland das Gebiet der KI-gestützten Videoüberwachung – mit möglicher Gesichtserkennung. Es hagelte viel Kritik aus allen Richtungen. Letztlich setzte sich die Landesregierung durch.

Streit über Sinn und Nutzen

Klassischer Weise gibt es viel Streit über Sinn und Nutzen. Während Innenminister Prof. Dr. Poseck die Sicherheit der Bürger gewährleisten will, stören sich Kritiker an den „chinesischen Verhältnissen“.

Wirkt das Grundrecht auf Sicherheit im öffentlichen Raum höher als das Persönlichkeitsrecht? Egal wie man die Grundrechtsabwägung auch entscheidet, der Einsatz von KI im Speziellen oder entsprechender Technologie im Allgemeinen, der Gesetzgeber muss den Sicherheitsbehörden die nötigen Rechtsgrundlagen an die Hand geben.

Vorteile im täglichen Dienst

Welche Vorteile kann KI, gerade im täglichen Dienst, im Bereich der Polizeiarbeit bieten. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten. Sei es die Datenanalyse oder das effizientere Einsetzen der vorhandenen Ressourcen. Die Bandbreite ist weit gefächert.

Denkt man an die genannten Hollywood-Blockbuster, erscheint eigentlich nichts unmöglich. Als Beispiel könnte klein gedacht an eine arbeitserleichternde Onlinewache gedacht werden, oder an das Erkennen von Betrugserien.

Auch bietet es viele Vorteile, dass sich Ermittler nicht in jedem Fall von Kinderpornografie jedes Bild erneut ansehen müssen.

Einsatzmöglichkeiten lassen sich stetig weiter denken.

§ 14 Abs. 8 HSOG

Die Polizeibehörden können in Bezug auf die jeweils nachverfolgten Personen nach Satz 3 eine biometrische Echtzeit-Fernidentifizierung in öffentlich zugänglichen Räumen anhand des Datenbestandes der polizeilichen Auskunft- und Fahndungssysteme durchführen, wenn eine erhebliche gegenwärtige Gefahr für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit einer

Allen Möglichkeiten zum Trotz ist und bleibt die Ressource Mensch unersetzlich. Diese Ressource ist es auch, die die tragende Rolle spielt bei aller Digitalisierung und technischen Veränderungen.

Am Ende sitzt ein Mensch an der Kamera oder sonst wo, der entscheidet, was zu tun ist. Auch wenn die Entwicklung eines Tages so ist, dass autonom fahrende Streifenwagen das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessern könnten, muss im Fall der Fälle noch jemand aus dem Streifenwagen aussteigen, um die nötigen Maßnahmen ergreifen zu können.

Auch das Thema Planbarkeit der Dienste, gerade im Wechselschichtdienst, kann durch KI nicht vollends gelöst werden.

Transparenz und Datenschutz

Untrennbar verbunden mit der technischen Entwicklung innerhalb und außerhalb der Polizei sind die Aspekte „Transparenz der Technologien“ und der Datenschutz. Dies sind zwei wesentliche Grundlagen für eine breite Akzeptanz, sowohl bei den Beschäftigten, als auch bei der Bevölkerung.

Eine ausgewogene Strategie, die alle Belange unter einen Hut bringt, ist hier maßgeblich. Die digitale Transformation ist kein abschließender Prozess, hier wird es die ständig veränderbare Rechtsprechung nötig machen, die Strategie wieder und wieder zu überarbeiten.

Daniel Klimpke

Person vorliegt, sofern die Abwehr dieser Gefahr auf diese Weise unbedingt erforderlich ist. Weitere Neuerungen:

- Videoüberwachung wird an mehr Orten (Angsträume, religiöse Einrichtungen)
- Bodycams auch in Wohnungen zuschalten, Ausstattung für Stadtpolizei
- Längere Präventivhaft
- Elektronische Fußfesseln zum Schutz von Frauen bei gewalttätigen Männern. U.v.m.



Grafik: KI-basiert

HEINZ PULT BEGINNT MIT 101 JAHREN VON VORNE

BESUCH SEINER GDP ZUM 101. GEBURTSTAG FÜR IHN EINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

Was gibt es eigentlich über unser Gründungsmitglied der GdP noch zu sagen? Es wird auch für uns Autoren langsam eng, immer wieder Worte und Sätze zu finden und in Texte zu formen, um diesen wundervollen Menschen Heinz Pult zu ehren. Auch an diesem vergangenen 9. März war es erneut so weit. Es war passenderweise ein Sonntag mit viel Sonnenschein und einem wunderschön vorbereiteten Zuhause, als wir uns zu ihm aufmachten, um zu gratulieren.



Bilder: GdP/privat

Es ist nach wie vor unglaublich, diesen Menschen, der uns und alle anderen Gäste auf seiner Geburtstagscouch sitzend begrüßte, mit seinem Frohsinn und Humor zu sehen.

101 Jahre ist er nun geworden.

Wir, in persona der Landesvorsitzende Jens Mohrherr, Ruth Brunner und Peter Wittig erschienen pünktlich - er legt sehr viel Wert auf Pünktlichkeit - um 11:00 Uhr bei ihm im Wohnzimmer.

Fast kommt es uns so vor, als wären wir vor einem Jahr, vor zehn Jahren, oder gar länger her gerade erst vom letzten Geburtstag gekommen.



Da saß er, glücklich über seine zahlreich geladenen handverlesenen Gäste und freute sich ganz besonders auf uns persönlich. Mike Messer war leider diesmal verhindert.

Wir wissen insbesondere durch seine Söhne, dass er sehr großen Wert darauf legt, dass seine GdP zu ihm kommt. Ebenso, dass er die GdP-Zeitschriften nahezu verschlingt und keinen Satz darin ver-

passt. Auch entsprechende Kommentare gibt er dazu ab, was wir wieder sehr intensiv erfahren durften.

Herzliche Umarmungen und dazu gleich zu Beginn einige passende humorvolle Worte von ihm ließen auf einen schönen Vormittag hoffen.

Und der wurde es auch. Es ist jedes Jahr eine illustre und höchst angenehme Gästeschar, die sich um ihn versammelt. Man kennt und mag sich inzwischen allesamt und es ist eine Freude, mit allen über Gott und die Welt zu plaudern.

Jens Mohrherr überreichte zunächst mit einem bunten Blumenstrauß die herzlichsten Grüße seiner GdP, die mehr als stolz auf einen derer ist, der unsere GdP mit auf die Beine gestellt hat.



Das Strahlen in seinem Gesicht hat uns bestätigt, dass es jedes Jahr auf's Neue schön ist, hier bei ihm sein zu dürfen.

Trotz ein paar „Wehwehchen“ mehr war er, wie soll man sagen - halt wie immer.

Ein Mensch, zu dem man aufschaut und der ein großes Vorbild ist.

Seinen gewerkschaftlichen Ratschlägen folgen wir noch immer, wenn er sie uns mit auf den Weg gibt. Und auch zu der Polizei im Jahre 2025 und den jungen Kolleginnen und Kollegen hat er seine Meinungen. Ersteres lassen wir in diesen Zeilen „einfach mal weg“.

Er interessiert sich und ist ein interessierter und aufmerksamer Beobachter der heutigen Entwicklungen.

Es scheint, als höre er alles, worüber alle miteinander in seinem Wohnzimmer sprechen, die Augen sind groß und die



Ohren hellwach.

Viele Geschichten wurden an diesem schönen Sonntag wieder ausgegraben und aufbereitet. Zu allen hatte er auch wieder seine Kommentare, die immer zur Belustigung beitragen.

Und so vergingen einige sehr angenehme Stunden mit vielen netten Menschen und großer Freude, dass wir erneut Gast sein durften, bei Heinz Pult.

Seine Lebensfreude ist ansteckend, wie auch sein Humor, den manche in der heutigen Zeit leider Gottes so oft vermissen lassen.

Lieber Heinz, vielen Dank für diese tollen Stunden. Wir freuen uns auf den nächsten Besuch und ein Wiedersehen mit dir.

Peter Wittig



EIN STARKES ZEICHEN ZUM WELTFRAUENTAG

DIE VERLOSUNG DER GDP ZUM 8. MÄRZ 2025 WAR EIN VOLLER ERFOLG

Der Internationale Frauentag am 8. März steht seit über 100 Jahren für den Kampf um Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit. Auch 2025 ist er ein wichtiger Anlass, um auf bestehende Ungleichheiten aufmerksam zu machen – auch bei der Polizei Hessen und im öffentlichen Dienst. Für die GdP ist dieser Tag ebenso jedes Jahr ein Anlass, unsere Kolleginnen entsprechend zu wertschätzen.

Die GdP Westhessen hat sich in diesem Jahr mit einer besonderen Aktion eingebracht: Statt kleiner Präsente für jedes weibliche Mitglied haben wir das Budget gebündelt und hochwertige Preise verlost.

Die Beteiligung war überwältigend – 180 Kolleginnen haben teilgenommen, das Feedback war durchweg positiv.

Unsere Idee: Statt symbolischer Geschenke wollten wir echte Wertschätzung zeigen. Alle weiblichen Mitglieder konnten an einer Verlosung teilnehmen, indem sie eine einfache Frage zum internationalen Frauentag beantworteten.

Die Preise und Gewinnerinnen:

- 1. Preis: Wellnesshotel-Gutschein im Wert von 250 € für Julia Niebauer
- 2. Preis: Restaurant-Gutschein über 100 € für Celina Noll
- 3. Preis: Thermengutschein im Wert von 50 € für Charlotte Brouwer

Die Aktion kam an – nicht nur wegen der Preise, sondern wegen der Haltung dahinter. Viele Kolleginnen fühlten sich wertgeschätzt und persönlich angesprochen. Doch der Frauentag ist mehr als ein



Grafik: Wittig

Anlass für eine Verlosung – für uns ist er ein ständiger Auftrag.

Die GdP-Bundesfrauengruppe fordert zum diesjährigen Frauentag u. a.:

- **Wirksamen Schutz vor Gewalt:** Die Umsetzung des neuen Gewalthilfegesetzes muss schnell und konsequent erfolgen. Hochrisikofälle sollen mit elektronischen Fußfesseln überwacht und Täter zu Trainingsmaßnahmen verpflichtet werden.
- **Gleichstellung im Beruf:** Frauen sind in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert.
- **Es braucht gerechte Beurteilungen, Teilzeit-Modelle für Führungskräfte, Tandems und Mentoring.**
- **Geschlechtersensible Entwicklung:** Studium, Fortbildung und Organisa-

tion müssen so gestaltet sein, dass insbesondere Frauen mit Care-Verantwortung gleiche Chancen haben.

Erika Krause-Schöne, Vorsitzende der Bundesfrauengruppe, bringt es auf den Punkt: „Selbstbestimmung darf kein Luxus sein. Was Frauen voranbringt, bringt alle voran.“

Unsere Aktion zum Frauentag war ein voller Erfolg – sie hat gezeigt, wie wir Wertschätzung und politische Haltung miteinander verbinden können. Gleichzeitig wissen wir: Solche Aktionen sind wichtig, aber strukturelle Veränderungen bleiben unser zentrales Ziel.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und freuen uns auf weitere gemeinsame Schritte hin zu mehr Gleichstellung – in der Polizei und darüber hinaus. ■

Sebastian Schubert



AUFGEPASST IHR SENIOREN – AUCH SCHON DABEI?

MAILVERTEILER FÜR GDP-INFOS AUS WESTHESSEN, HPE UND ZENTRALBEHÖRDEN

Die Bezirksgruppe Westhessen hatte bereits vor einigen Jahren einen eigenen Seniorenvorstand auf der Westhessenebene gegründet, der sich aus einem Seniorenvertreter der einzelnen Kreisgruppen zusammensetzt. Dieser Seniorenvorstand ist im ganzen GdP-Hessenland einzigartig und hat sich zwischenzeitlich mehr als bewährt. Wir möchten daher unseren digitalen Info-Service auch unseren Partnerbezirken von PZBH und HPE anbieten.



Natürlich sind wir auch am Puls der Zeit und kommunizieren interaktiv mit unseren Seniorinnen und Senioren. Wir haben eine Fülle von Themen, um die wir uns eigenständig kümmern und dies möchten wir auch im Ergebnis an die Seniorenmitglieder weitergeben.

WIR KÜMMERN UNS UM VIELE DINGE

Abgesehen von der Antragstellung für entsprechende Delegiertentage kümmert sich der Seniorenvorstand insbesondere um Jahresausflüge der Senioren, Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichsten seniorenbezogenen Themen, Seminare und die Bündelung der Vorschläge aus den beteiligten Kreisgruppen.

Der Vorstand trifft sich vier Mal im Jahr und wird in aller Regel vom BZG-Vorstand begleitet und unterstützt.

ERFOLGSMODELL „MAIL-NEWSLETTER“

Eine herausragende Neuerung war definitiv das Erstellen eines E-Mail-Verteilers mit den bisher bekannten Adressen der Seniorinnen und Senioren und Rentnerinnen und Rentnern innerhalb der BZG Westhessen.

Dieser Verteiler wird vom Seniorenvorsitzenden Mike Messer genutzt, um wichtige Informationen, Termine und

Veranstaltungen an den Seniorenkreis regelmäßig weiterzuleiten. Die Resonanz aus dem Kollegenkreise bestätigt mehrfach diesen eingeschlagenen Weg unter Nutzung moderner Medien.

Natürlich gibt es zahlreiche Mitglieder, die nicht über entsprechende Möglichkeiten verfügen, aber mit jedem Pensionierungstermin werden es mehr Teilnehmer, die mit Meldung ihrer E-Mailadresse teilhaben können.

Dies soll natürlich nicht bedeuten, dass alle anderen Mitglieder abgehängt werden sollen – wir verstehen diese Einrichtung als zeitgemäße Ergänzung zu den einschlägigen Medien und bauen darauf auf.

PZBH UND HPE NUN AUCH DABEI

Zwischenzeitlich haben unsere Partner-Bezirksgruppen PZBH und HPE diesen Mehrwert erkannt und sind dieser „Koooperation auf Mailebene“ beigetreten, so dass über diesen Kontakt mehrere hundert Seniorinnen und Senioren mit Mailadresse erreicht werden können.

So erreichen wir unsere Mitglieder landesweit, sei es aus allen Bereichen der Bereitschaftspolizei, LKA, HPT, HöMS und anderen Standorten.

Jeder Verteiler ist aber nur so gut, wie er gepflegt wird, oder gepflegt werden kann. Deshalb sind wir darauf angewiesen, dass sich interessierte Seniorinnen und Senioren, die „noch nicht dabei sind“, mit Mike Messer zur Übermittlung der E-Mailadresse in Verbindung setzen.

Man kann natürlich jederzeit auf Wunsch diesen Verteiler wieder verlassen. Vielleicht wird hierdurch der Kreis der „Neupensionäre“ motiviert, auch in dem neuen Lebensabschnitt GdP-Informationen zeitnah zu erhalten und vielleicht sogar Veranstaltungen für Senioren eher zu nutzen, ohne gleich dem Gefühl der Zugehörigkeit zum „alten Eisen“ zu erliegen.

An dieser Stelle hat in der Tat die GdP das Problem der in aller Regel gebrochenen Verbindung zwischen Aktiven und Senioren. Eigentlich schade, da diese Veranstaltungen mangels Beteiligung oftmals in Frage gestellt werden müssen.

NEUGIERIG – WAS MUSS ICH TUN?

Also – wie gesagt – wer noch nicht dabei ist – bitte anmelden bei:

michaelmesser@gmx.de oder über obigen QR-Code (Namen angeben!)

Herzliche Grüße vom Seniorenvorstand ■

Mike Messer



DEUTSCHER SENIORENTAG – ICH WAR DABEI

Vom 2. bis 4. April 2025 fand in Mannheim der 14. Deutsche Seniorentag statt. Veranstaltungsort war der Rosengarten in der Stadtmitte neben dem Dorint-Hotel.

Gleich zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich festzustellen, dass der Seniorentag nicht nur ausschließlich für die älteren Semester interessant ist!

Insgesamt befanden sich 181 Aussteller mit ihren Informations- und Repräsentationständen in den Räumlichkeiten des Rosengartengebäudes.

Vervollständigt wurde die Veranstaltung durch zahlreiche Vorträge und Mitmachwettbewerbe in den 13 verschiedenen Sälen der drei Ebenen zwischen den o.g. Infoständen.

Die Veranstaltung wurde im zentral gelegenen Wolfgang-Amadeus-Mozart-Saal - Fassungsvermögen geschätzt 2.000 Plätze - von der BAGSO-Vorsitzenden Dr. Regina Görner und OB Christian Specht, sowie durch Grußworte von BM'in Lisa Paus und MdL Lucha -BW- eröffnet.

Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz richtete später ein Grußwort mit anschlie-



Bild: Gibhardt

ßend folgendem Podiumsgespräch an die Teilnehmer.

Die GdP war gemeinsam mit der GEW und dem DGB mit einem Stand vertreten.

Die Palette der Präsentationen/Informationen reichte vom ökomenischen Gottesdienst, verschiedenen Facetten der Gesundheitsvorsorge, Bewegungsangebote, Altersarmut, Digitalisierung mit KI, Alltagsfitness, bis hin zum pflegeleichten Garten.

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, alle angebotenen Programme hier aufzuführen.

Alleine die Präsenz der verschiedenen Einrichtungen wie Behörden, Altenpflege, Gewerkschaften, Gesundheitsfirmen, Sportverbände, Versicherungen, zahlreiche Bundes- und Landesverbände, Unternehmensgruppen, Hilfsdienste, med. Pflegedienste oder Seniorenernährung zeigt die Vielfalt auf und lässt erahnen, dass drei Veranstaltungstage ohne Pausen zeitlich gerade so zu absolvieren waren.

Aus meiner Sicht war der diesjährige Seniorentag in Mannheim eine sehr gelungene Veranstaltung.

Günter Gibhardt

GDP-TAGESVERANSTALTUNG: PFLEGE – WAS NUN?

Meistens kommt es plötzlich und überraschend. Ein Pflegefall.

Sei es der eigene Lebenspartner oder im engen Familienkreis, die Welt ist von jetzt auf Gleich eine andere. Was also tun, was lassen und wer kann mir bei der Bewältigung des Alltags helfen?

Der Seniorenvorstand der Bezirksgruppe Westhessen führt hierzu eine Tagesveranstaltung durch. Das Thema soll an diesem Tag vertieft und Antworten auf viele Fragen gegeben werden.

Dafür stehen uns zwei ausgewiesene Fachleute als Referenten zur Verfügung.

Ewald Gerk als Bundesseniorenvorsitzender der GdP und in Osthessen zuhause, sowie Gerhard Kaiser, den wir aus vielen GdP-Seminaren bereits kennen. Die Themen Pflege und Beihilfe werden sich natürlich überschneiden und behandelt.

Wann findet die Veranstaltung statt?

Am Donnerstag, den 31. Juli 2025
von 10:00 bis 16:00 Uhr

Wo findet die Veranstaltung statt?

Haus der Vereine
Im Wiesengrund 14
65199 Wiesbaden



Wer kann teilnehmen?

Wie bereits zuvor laden wir gerne alle Seniorinnen und Senioren sowie Rentnerinnen und Rentner der Bezirksgruppen Westhessen, PZBH und HPE ein.

Was kostet das ganze?

Für euch als GdP-Mitglieder gar nichts. Für Verpflegung und Getränke wird gesorgt sein.

Was muss ich tun, um teilzunehmen?

Wenn wir dein Interesse für dieses Thema geweckt haben, melde dich bitte an.

Wie?

per Mail: gdp.ppwh@polizei.hessen.de

per qr-code (rechts),

oder telefonisch bei der GdP Westhessen unter 0611-3451081/82

UNSERE REFERENTEN

Ewald Gerk
Bundesseniorenvorsitzender der GdP. Über Jahrzehnte in der GdP Hessen und dem HPR Polizei aktiv



Gerhard Kaiser steht als Experte der GdP seit Jahren für Auskünfte und Seminare zur Verfügung

Wir freuen uns schon auf euch alle!

Eure GdP



TRADITIONELLER TAGESAUSFLUG DER SENIoren



Wann findet der Ausflug statt?
Am Mittwoch, 3. September 2025
Wo geht es diesmal hin?
Technikmuseum in Speyer
inkl. Frühstück auf der Fahrt
Wer kann teilnehmen?
Alle Seniorinnen und Senioren der
BZG'en Westhessen, PZBH und HPE



Programmablauf

Auch in diesem Jahr haben wir wieder zwei Busse für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer organisiert. Unsere Fahrt geht in die Domstadt nach Speyer. Auf dem Weg reichen wir im Bus ein Frühstück. Hauptpunkt wird der Besuch des Technikmuseums sein. Ein Besuch dort ist ein faszinierendes Erlebnis für Technikbegeisterte und Familien gleichermaßen. Auf einer beeindruckenden Fläche von 25.000 Quadratmetern in den Hallen und weiteren 150.000 Quadratmetern im Freigelände präsentiert das Museum über 3.000 Exponate, die die Geschichte der Technik lebendig werden lassen. Ein zusätzlicher Besuch der nahen Innenstadt mit Dom bleibt jedem selbst überlassen. Zu Beginn werden wir jedoch alle in das Museum gehen. Am Nachmittag treten wir dann die Rückreise an.

Abfahrtszeiten-/orte der Busse

Bus 1:

08:00 Uhr in Limburg, bei der Polizeistation/Polizeidirektion Limburg, Offheimer Weg 44, 65549 Limburg
08:30 Uhr in Idstein, Bahnhof
08:50 Uhr in Hofheim, Polizeistation, Zeilsheimer Str. 53, 65719 Hofheim

Bus 2:

07:45 Uhr in in Bingen, Parkplatz an der Rheinfähre nach Rüdesheim
08:15 Uhr in Oestrich-Winkel, Bushaltestelle
08:45 Uhr in Wiesbaden, Kahle Mühle (Alte Schule), Saarstraße/Erich-Ollenhauer-Straße

Für GdP-Mitglieder und Partner ist ein kleiner Eigenanteil in Höhe von 15 Euro/Person erforderlich. Nichtmitglieder beteiligen sich mit 30 Euro/Person (Bezahlung im Bus), Teilnahme nach Kapazität, Mitglieder haben Vorrang. Partner sind gerne willkommen.

Anmeldungen:

Diese werden entweder mit dem Abschnitt weiter unten mit der Post versendet an:
Polizeipräsidium Westhessen, Gewerkschaft der Polizei, Personalratsbüro, Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden.
Per Fax an: GdP Westhessen, 0611 / 345 1089; E-Mail an gdp.ppwh@polizei.hessen.de
Und mit dem qr-Code rechts klappt es auch. !!!Bitte die Namen, Teilnehmerzahl und den Zustiegswunsch in der Mail angeben!!!

Hiermit melde ich mich/uns verbindlich zum Ausflug am 03.09.2025 an:

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Partner/Begleiter:

GdP-Mitglied: ja nein

BZG: Westhessen PZBH HPE



Ich/wir möchten in

Limburg Idstein Hofheim Bingen Oestrich Wiesbaden zusteigen.

Wir freuen uns auf euch und eure Begleitungen zu einem wunderschönen Tag. ■
Euer Seniorenvorstand

POLIZEIMEISTERINNEN IM HANDBALL UND VOLLEYBALL

GDP HESSEN UNTERSTÜTZT DIE DEUTSCHEN MEISTERINNEN MIT SPORTKLEIDUNG



Bilder: GdP/DSX/KI

Vom 10.-13. März 2025 fanden im südhessischen Bensheim die DPM im Handball statt. Unser hessisches Team setzte sich in starker Konkurrenz in der 13. Auflage, übrigens als amtierende Titelverteidigerinnen, durch!
Vom 22.-24. April 2025 wurden die Deutschen Polizeimeisterschaften im Volleyball, bei den Männern und Frauen, in Hamburg ausgetragen.

In Hamburg, der Stadt des amtierenden Titelverteidigers im Volleyball, gaben unsere Kolleginnen alles, um die begehrte Trophäe letztendlich erfolgreich nach Hessen zu holen.

Wie uns Spielerin Maren Hartmann bereits im Vorfeld der Meisterschaften mitteilte, standen Motivation und Engagement diesmal im Zentrum!

Damit wurden nach den Handballerinnen auch unsere Volleys mit dem Titel des Deutschen Meisters 2025 geehrt.

Wir dürfen uns also im nächsten Jahr auf zwei Deutsche Polizeimeisterschaften in Hessen freuen, denn wir haben zwei Mannschaften im Handball und Volleyball, die ihre Titel verteidigen wollen!

Die GdP Hessen gratuliert unseren Kolleginnen und Betreuern im Handball und im Volleyball!

Wermutstropfen: Seitdem die Sportabteilung nicht mehr dem Innenministerium angegliedert ist, ist der Rückzug und das Engagement unseres Dienstherrn in Sachen adäquater Wettkampfausstattung, insbesondere bei Deutschen Meisterschaften spürbar.

Vor diesem Hintergrund hatte sich die GdP Hessen bereit erklärt, diese Lücke zu schließen und sowohl unsere Handballerinnen als auch unsere Volleys mit Trainingsjacken zu unterstützen! Ergebnisse und Platzierungen sowie Fotos können auf der Website des Deutschen Sportkuratoriums nachgelesen werden.

Jens Mohrherr



Symbolische Übergabe der Trainingsjacken an Maren Hartmann



Ihr zuverlässiger Partner im Bereich Eigentumsverwaltung

Unser Konzept bietet Ihnen eine rundum abgesicherte Betreuung Ihrer Immobilie. Vertrauen auch Sie bei der Wahl Ihres Immobilienverwalters auf die langjährige Erfahrung unseres Teams.

Gerne unterstützen wir Sie bei der Werterhaltung Ihres Eigentums!

Fredy Seitz

Schulstraße 43
65795 Hattersheim

Telefon: 06190 - 92880-87/88
Telefax: 06190 - 92880-89
E-Mail: info@sgh-hausverwaltung.de
Internet: www.sgh-hausverwaltung.de

Michael Schäfer
Zahntechnikermeister

Kreuzberger Ring 15
65205 Wiesbaden

Telefon 0611 3609475
Fax 0611 4503730
Zahntechnik-Michael-Schaefer@t-online.de

Michael



Schäfer

NEULICH – IN DER KREISGRUPPE LIMBURG-WEILBURG

RACHID BOUARROUDJ GELINGT SENSATIONS-COUP BEIM 19. DOPPELKOPF-TURNIER



Wenn Nerven zum Zerreißen gespannt sind, erwachsene Menschen wie Kinder weinen, der Blutdruck fast die Schädeldecke durchschlägt, dann ist wieder Doko-Zeit bei der Kreisgruppe Limburg-Weilburg.

Eine Frau und elf Männer stellten sich der Herausforderung und spielten im Nassauer Hof in Elz am 21. März den Sieger des 19ten Doko-Turniers der Kreisgruppe

Limburg-Weilburg aus. Dabei gingen alle an und teilweise über ihre persönlichen Grenzen.

Sehr gut versorgt durch das nette Gastro-Team und mit bester Stimmung wurde an drei Tischen gezockt. Rachids enthemmte Spielweise, welche mutmaßlich auf den Genuss von verschiedenen Kaltgetränken zurückzuführen war, überraschte dabei Freund und Gegner.

Tollkühn brachte er ein Zwangs-Damen-Solo ohne die höchsten Trümpfe durch und konnte so einen Wirkungstreffer setzen. Letztlich gelang es ihm, die sehr starke Konkurrenz, in erster Linie den zweitplatzierten Thorsten Berleth und den drittplatzierten Jupp Werner, zu distanzieren.

Der Vorstand der Kreisgruppe gratuliert den Siegern ganz herzlich.

Alex Rödiger



UNSER MITGLIED JUPP WERNER IST SEIT 40 JAHREN IN DER GDP – DANKE SCHÖN

Unser Jupp Werner hält uns nun schon seit 40 Jahren die Treue. Das war uns ein Grund zur Freude und zum Gratulieren.

Im März räumte er noch den dritten Platz bei unserem Doko-Turnier ab und strahlte vor Freude.

Also machten wir uns auf den Weg zu ihm und konnten unseren Jubilar im Dienst mit der Jubiläumsurkunde, der GdP-Anstecknadel und einem Präsentkorb überraschen.

Auch hier war er wieder hoch erfreut und strahlte über seine Ehrung.

Lieber Jupp, bleibe unserer bzw. deiner GdP weiterhin treu. Die Kreisgruppe Limburg-Weilburg und alle Mitglieder freuen sich auf viele weitere Gewerkschaftsjahre und deine Beteiligung and Anwesenheit bei unseren Veranstaltungen.

Nochmals herzlichen Glückwunsch an dich, bleibe gesund.

Alex Rödiger



HAUPTVERSAMMLUNG DER KG WASSERSCHUTZPOLIZEI

Am Dienstag, den 08. April 2025 fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei mit Neuwahlen des Vorstands in den Räumlichkeiten der Direktion Bereitschaftspolizei West in Wiesbaden statt. 20 Mitglieder der KG (von insgesamt 52) nahmen an der Versammlung teil. Als Gast war die Vorsitzende des Personalrats, Franziska Walter, zu uns eingeladen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreisgruppe, Markus Collet, wurde die Veranstaltung von Christian Giel durch die Tagesordnung moderiert.

Bevor es zu den Wahlen ging, wurden zunächst langjährige Mitglieder geehrt. So erhielten (im Bild oben) Nicole Steinmann, Jens Bruska und André Veldhues eine Urkunde und Präsent für ihre 25-jährige Mitgliedschaft in der GdP. Anschließend wurde Kristine Konietzny für 40 Jahre und Hans Ludwig Faber für 65 Jahre (!) geehrt.

Allen Geehrten an dieser Stelle nochmals vielen Dank und herzlichen Glückwunsch!

Nach dem Bericht über die Kassenlage durch den Kassierer Mike Banasiuk wurden Kassierer und Vorstand von den Mitgliedern entlastet und es kam zur Neuwahl des Vorstands. Die kommenden vier Jahre wird das Schiff der Kreisgruppe gesteuert durch:

Vorsitzender: Christian Giel

Stv. Vorsitzender: Markus Collet

Kassierer: Mike Banasiuk

Seniorenvertreter: Michael Wenzel

Beisitzer: André Veldhues

Kassenprüfer: Robert Orantek und André Veldhues



Bild: GdP

Aus dem Vorstand ausgeschieden ist Reinhold Zobotke, der aus Altersgründen nicht wieder antrat. Reinhold hat über viele Jahre die Betreuung der Pensionäre übernommen und war stets ein verlässlicher Teil der Vorstandschaft.

Reinhold, an dieser Stelle vielen Dank für alles, was du in den vielen Jahren geleistet hast!

Erfreulicherweise konnten wir den Kollegen Michael Wenzel, der erst mit Ende März in den Ruhestand verabschiedet wurde, als Nachfolger für dieses Amt gewinnen.

Es freut uns sehr, dass du das Ruder von Reinhold übernommen hast und dass wir so weiterhin in Kontakt bleiben und zusammenarbeiten können!

In der Vergangenheit konnte die Kreisgruppe bei den Einsatzmaßnahmen im Rahmen der „EM 2024“ mit Süßigkeiten, Eis und kleinen Präsenten die eingesetzten Kräfte unterstützen. Für die Zukunft möchten wir uns an den „75-Jahre Wasserschutzpolizei Hessen“ Feierlichkeiten beteiligen und zum Einzug der Dienststelle der WSPSt Rüdesheim einen Beitrag leisten. Auch eine Veranstaltung für die Pensionäre möchten wir ins Auge fassen.

Für weitere Ideen sind wir stets offen.

Nach einer guten Stunde wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen und es gab im Anschluss noch die Möglichkeit, sich bei Kaffee und Kuchen auszutauschen, was auch gut angenommen wurde.

Christian Giel



Der neue Vorstand in der Kreisgruppe



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden und Hessisches Polizeipräsidium für Einsatz in der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für den Großraum Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Hochtaunus – Main-Taunus und Limburg-Weilburg.

Für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPA und HPT und das Hessische Polizeipräsidium für Einsatz mit der Wasserschutzpolizeiabteilung, Polizeifliegerstaffel und den Standorten in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden, Egelsbach und der Polizeireiterstaffel Hessen.

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden
Gewerkschaft der Polizei, BZG Polizeizentralbehörden,
Schönbergstr. 100, 65199 Wiesbaden
BZG Hessisches Polizeipräsidium für Einsatz, c/o Jens
Mohrherr, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
Gesamtredaktion: peter.wittig@gdp.de

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über.

Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-535 X)

EHRUNGEN UND NEUWAHLEN GARNIEREN HAUPTVERSAMMLUNG IM HPE-PRÄSIDIUM

Nach alter Tradition folgend lud die KG HPE Präsidium ihre Mitglieder ins ehrwürdige Brauhaus Castel zur diesjährigen Jahreshauptversammlung am 19. März ein. Rückblickend stelle ich fest, dass neben den Aktiven auch Rentnerinnen und Pensionäre zusammenkamen. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter berichten aus den Aktivitäten des zurückliegenden Jahres.

Da der Vorsitzende auch Verantwortung im Land für die GdP trägt, legte er die Schwerpunkte auf die noch immer andauernde verfassungswidrige Besoldung und die Tatsache, wie die seit Januar 2024 vereidigte schwarz-rote Landesregierung mit den Polizeibeschäftigten umgeht.

Die Aussetzung der viermonatigen Gehaltserhöhung, die gesetzlich und tariflich bereits manifestiert war, wurde zu Gunsten des Landeshaushalts und 180 Millionen Euro Einsparpotential „kassiert!“

Jens Mohrherr berichtet zudem über Aktivitäten der KG HPE-Präsidium im vergangenen Jahr. Für das Jahr 2025 ist der Besuch der Wiesbadener Weinwoche am

13.08.2025 und des Wiesbadener Sternschnuppenmarkts am 26.11.2025 geplant.

Anschließend berichtete der Kassenvorwart Arnd Friedrich über die Einnahmen und Ausgaben und den aktuellen Kassenstand. Durch Björn Eller wurde die Kasse geprüft.

Das Ergebnis der Prüfung erbrachte keine Beanstandungen, die ordnungsgemäße Kassenprüfung wurde schriftlich attestiert und der Vorstand einstimmig entlastet.

Aufgrund von anstehenden Pensionierungen und einer Neuausrichtung der KG in die Hände Jüngerer, kandidierte Björn Spangenberg als neuer Vorsitzender.

Jens Mohrherr erklärte sich bereit, weiter als stellv. Vorsitzender zu fungieren. Da auch der langjährige Kassierer Arnd Friedrich absehbar die dienstliche Brücke verlässt, steht mit Franz Walther eine weitere Vertreterin der „jungen Generation“ als künftige KassiererIn zur Verfügung.

Auch die anstehenden Ehrungen unserer Mitglieder gehörten zu den schönen Eindrücken dieses gelungen Spätnachmittags.



Bild: GdP

Danke für 75 Jahre Treue an Gerhard Kastl

Für sagenhafte 75(!) Jahre Mitgliedschaft konnte Gerhard Kastl geehrt werden, der dieses Jubiläum im Lauf des Jahres erreichen wird! Eine langjährige, kaum zu erreichende Mitgliedschaft, die der angehende 94-jährige Gerhard bei guter Gesundheit in unserer Mitte erreicht hat.

Herzlichen Glückwunsch sagen wir für 25 Jahre Mitgliedschaft an Andreas Büchler und Carsten Stegemann, die beide leider zur Ehrung dienstlich verhindert waren. Bei guten Gesprächen und leckerem Essen verging die Zeit wie im Flug.

Freuen wir uns auf ein Wiedersehen. ■

Jens Mohrherr

EIN NEUES FÜHRUNGSTEAM GEHT IN DER KREISGRUPPE RHEINGAU AN DEN START

Die Jahreshauptversammlung der KG fand am 29. April im Eltviller Rosenstübchen statt. Die zahlreich erschienen Mitglieder ließen sich über aktuelle polizeiliche und gewerkschaftspolitische Themen aus dem Hessenlande informieren. Zu berichten gab es wie immer bei der Polizei reichlich.

Die Führungsriege der hessischen Polizei ändert sich. Neuer Landespolizeivizepräsident wurde Felix Paschek, nach der Ruhestandsversetzung des LPP Robert Schäfer wird der Nachfolger gesucht (bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt).

Der aus Westhessen beliebte Thomas Schmidl wechselt im Juli ins LPP und beerbt Thomas Seidel als Inspekteur der hess. Polizei. Die Nachfolge von Felix Paschek als PP in Westhessen war ebenfalls noch offen. Neben Veränderungen gibt es Projekte und Arbeitsgruppen.

Landeseinheitliche Beurteilungsrichtlinien wurden mit Beschluss des Hauptpersonalrats auf den Weg gebracht. Es wird also erstmalig in Hessen landesweit die gleichen Richtlinien geben.

Projekte wie S 25 oder P 25 halten Einzug. Siehe hierzu auch den gesonderten Artikel zu den Projekten im Heft.



Bild: GdP

In diesem Jahr standen turnusgemäß Vorstandswahlen an. Und, nach langer Zeit gab es Veränderungen im Vorstand der Kreisgruppe Rheingau.

Nach 16 Jahren als Vorsitzender übergab Daniel Klimpke das Zepter an die neue Vorsitzende, Saskia Völker.

Sie ist keine Unbekannte in den Strukturen der GdP, war sie früher schon Vorsitzende der KG Wiesbaden, bevor sie in den Rheingau wechselte. Als SvO ist Saskia stark vernetzt im Rheingau und gut präpariert für die neue Funktion.

Daniel Klimpke wird als Vertreter seine Erfahrung weiterhin einbringen und Saskia, wo immer nötig, unterstützen.

Als Schriftführer wurde Volker Freiding wiedergewählt. Er ist ebenfalls bereits seit 16 Jahren im Vorstand dabei.

Als neuer Kassierer wurde Sebastian Beer gewählt. Er tritt die Nachfolge von Inga Stock an. Auch Inga wird den Vorstand nicht verlassen, sie wird neben Jürgen Lang eine der beiden Kassensprüferfunktionen bekleiden.

Als Beisitzer wurden Dieter Kilian, das Urgestein der Kreisgruppe, für die Senioren, Julian Hartelt für die Junge Gruppe und erneut Tarik Etiz für die Ordnungspolizei gewählt. Der Vorstand dankte Wolfgang Petermann für seine Tätigkeit. Er wurde satzungsgemäß als Kassensprüfer aus dem Vorstand verabschiedet.

Einer der Hauptpunkte der Versammlung waren die Ehrungen der treuen Mitglieder. Saskia Völker wurde für 25 Jahre Mitglied in der GdP geehrt und Wolfgang Petermann für 40 Jahre. Dieter Kilian bekam die Urkunde für stolze 60 Jahre Mitgliedschaft in der GdP Hessen.

Zum Abschluss der Versammlung gab es den Ausblick auf das Dart-Turnier der Kreisgruppe und den jährlichen Weihnachtsmarktbesuch. Der anwesende Landesvorsitzende Jens Mohrherr gratulierte dem neu gewählten Vorstand und wünschte gutes Gelingen für die kommende Legislaturperiode. ■

Daniel Klimpke

NEUES GDP-INFOBOARD IM GEBÄUDE DER POLIZEIDIREKTION WIESBADEN

Pünktlich zum Frühlingsstart wandte sich die Leitung der Polizeidirektion in Wiesbaden an den Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Wiesbaden. Thema war das bisherige in die Jahre gekommene Infoboard im Gebäude der Direktion. Tatsächlich zu Recht, passte doch die alte Korkwand nicht mehr ganz in die heutige Zeit und das doch eher moderne Gebäude 3. Diesem Umstand nahm sich der Vorstand der Kreisgruppe gerne an und sorgte für einen Tausch.



Grafik: Wittig

Also musste sie weichen, die gute alte Korkwand, mitsamt den vielen bunten Pins, die für unsere Veröffentlichungen diente.

Zur ordentlichen und vollständigen Anbringung gewerkschaftspolitischer Aushänge, wie tarifliche Forderungen, Streikaufrufe, aktuelle Stellungnahmen und gewerkschaftliche Neuigkeiten dient nun ein modernes 90 x 120 cm großes magnetisches Whiteboard. Alles etwas heller und frischer.

Die Übernahme der zukünftigen Bestückung des neuen Infoboards sicherte Hannes Katz als geschätzter GdP-Vertrauens-

mann und Kümmerer vor Ort zu. Pünktlich zum bevorstehenden GdP-Dartsturnier eröffnete so der neue Flyer optisch stimmig das Whiteboard in seiner Funktion.

Alle GdP-Mitglieder der OPE Wiesbaden, der AG Häusliche Gewalt, des Haus des Jugendrechts und der Polizeidirektion dürfen sich nun über das neue Schmuckstück im Treppenhaus freuen.

Wir bedanken uns für den sinnvollen Hinweis, verbunden mit der Tatsache, dass die GdP schnell zur Stelle war. GdP halt! ■

Stefan Krollmann

DETLEF SCHWICKERT IN LIMBURG FÜR 25 JAHRE MITGLIEDSCHAFT GEEHRT

Wir gratulieren unserem Detlef ganz herzlich zu 25 Jahren Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei. Seine langjährige Treue und sein Engagement für die GdP sind vorbildlich. Immer zur Stelle, wenn er gebraucht wird, oft aus eigenem Antrieb. Detlef muss nicht um Hilfe gebeten werden, er ist schon da, wenn Hilfe benötigt wird. In der Kombination mit Karl-Heinz Pöhlend zwei Frohnaturen in der Direktion und Kreisgruppe, die alle schätzen.

Detlef hat sich immer für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Jeder, der in der PD tätig ist, hatte sicherlich bereits einen netten Kontakt zu ihm.

Insbesondere seine Qualifikation als Ausbildungsleiter im PP Westhessen macht ihn einzigartig.

Er sorgt schließlich für unseren Verwaltungs-Nachwuchs, beginnend bei den Auswahlverfahren, über die Vorstellungsgespräche bis zur engen Begleitung nach den Einstellungen. Seine immer freundliche Art und Weise, sich auch in die jungen Menschen hinein zu versetzen, sind sein Markenzeichen.

Er lebt die Werte unserer Gewerkschaft vorbildhaft und vermittelt sie auch.

Wir danken für deine Loyalität und freuen uns darauf, auch zukünftig gemeinsam für unsere Ziele zu kämpfen. ■

Alexander Rödiger



Bild: GdP



KRAD-SICHERHEITSTRAINING DER JUNGE GRUPPE

Nach dem riesigen Erfolg im letzten Jahr bietet die JUNGE Gruppe der GdP Hessen auch dieses Jahr wieder ein von der Verkehrswacht Limburg-Weilburg durchgeführtes intensives Motorrad-Fahrsicherheitstraining für jedes Fahrniveau an.



Wann findet das Training statt?

Am Sonntag, den 3. August 2025
von 08:00 bis 16:00 Uhr

Wo findet die Veranstaltung statt?

Verkehrstrainingsgelände,
Hühnerstraße B417 in 65510 Hünstetten
(zwischen Wiesbaden und Limburg)

Wer kann teilnehmen?

Wir haben 10 Plätze zur Verfügung. Teilnahme aus allen Bezirksgruppen möglich. Voraussetzung ist:

Aktuelle GdP-Mitgliedschaft

Alter bis einschließlich 30 Jahre

Privates, aktuell zugelassenes und versichertes Motorrad

Gültige Fahrerlaubnisklasse A, A1, A2 oder B196 ist mitzubringen

Vollständige Schutzausstattung (zertifizierter Motorradhelm, Motorradjacke, -hose, -schuhe und -handschuhe)

Was kostet das ganze?

Gar nichts.

Die JUNGE Gruppe der GdP Hessen übernimmt eure Teilnahmegebühren in Höhe von 100,00 € pro Person vollständig. Die Anreise geht auf eure eigenen Kosten.

Für Verpflegung und Getränke wird gesorgt sein.

Was muss ich tun, um teilzunehmen?

Wenn wir dein Interesse zu einem schönen sommerlichen Motorrad-Sonntag geweckt haben und du die links genannten Voraussetzungen erfüllst, dann bewirb dich gerne bis zum 7. Juli 2025.

Wie?

per Mail an: hessen@gdp-jg.de

per qr-code (rechts).

Wir werden alle eingegangenen Bewerbungen sammeln und die 10 zur Verfügung stehenden Plätze auslosen, falls

mehr Bewerbungen als Teilnehmerplätze vorhanden sind.

Bewirb dich und mit etwas Glück bist du dabei!

Wir freuen uns schon auf euch alle! ■

Eure GdP



LANGJÄHRIGE TREUE MITGLIEDER IN LIMBURG GEEHRT

Die GdP-Kreisgruppe Limburg-Weilburg ist sehr stolz darauf, dass wir Anfang des Jahres 2024 wieder verdiente Mitglieder für ihre langjährige Treue ehren konnten.

Zu diesem Anlass haben wir uns auf den Weg gemacht zu ihnen und bei allen den schönen Anlass dazu genutzt, bei einem netten Plausch die alten Zeiten hochleben zu lassen.

Gerne möchten wir dies fortsetzen und wir freuen uns bereits auf die nächsten Gelegenheiten, um die Gespräche weiterführen zu können.

Vielen Dank nochmal und alles Gute an die Jubilare.

Es wurden Dieter Becker für 60-jährige, Peter Kraus für 50-jährige und Siegfried Tettenborn für 40-jährige Mitgliedschaft geehrt. ■

Alexander Rödiger



Dieter Becker, 60 Jahre GdP



Peter Kraus, 50 Jahre GdP



S. Tettenborn, 40 Jahre GdP



NOCH NICHT DABEI? DANN ABER LOS – ES LOHNT SICH!



**Gewerkschaft
der Polizei**
Hessen

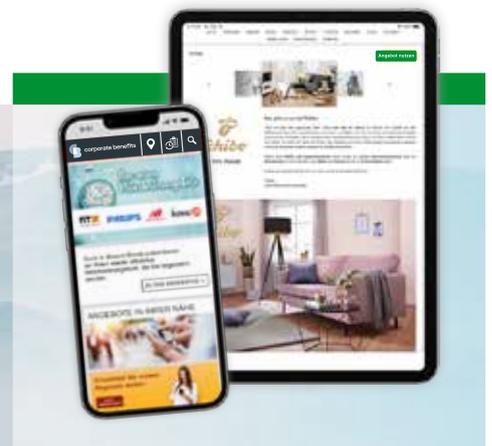


Kennen Sie schon die dauerhaften Preisnachlässe bei Top-Anbietern?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele von Ihnen kennen und nutzen unser Vorteilsportal bereits und konnten schon bei vielen Einkäufen sparen. Wenn Sie noch nicht angemeldet sind, registrieren Sie sich am besten gleich und nutzen Sie die dauerhaft attraktiven Angebote.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Stöbern und Einkaufen.



- 1 Vorteileportal aufrufen
<https://gdp-hessen.rahmenvereinbarungen.de>
- 2 Einmalige Registrierung mittels **privater E-Mail-Adresse** und dem Registrierungscode
bekommt ihr bei euren Bezirksgruppen oder von der Geschäftsstelle
- 3 Einloggen und sofort attraktive Angebote wahrnehmen



Ihre Vorteile:

- ✓ Dauerhafte Preisnachlässe z.B. auf Reisen, Mode, Technik, Mobilfunk u.v.m.
- ✓ Zugriff auf Angebote von über **800 Top-Markenanbietern** von zuhause und unterwegs
- ✓ Monatliche Erweiterung des Angebots



CHRIST

AEG

Tchibo

WMF

WITHINGS

Rosenäthel

Expedia